

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 190

Oktober 2011

€ 0,50

Griechenland: Massenproteste gegen Regierung

Die Krise und der Bankrott des Kapitalismus



Fotos: Reuters

28. Juni, Massenproteste in Athen während eines zweitägigen Generalstreiks, als das Parlament weitreichende Austeritätsmaßnahmen durchpeitscht. Rechts: Opfer des brutalen Bullenangriffs am folgenden Tag

2007/08 wurde die Welt in die größte Wirtschaftskrise seit den 30er-Jahren gezogen. Die Schwindelgeschäfte der Bankiers von Wall Street, der Londoner City und Frankfurt wa-

Für Klassenkampf gegen die deutsche Bourgeoisie!

ren zentral verantwortlich für diesen Zusammenbruch und wurden mit Billionen von Euros gerettet, während die Arbeiterklasse, die Armen, die Kranken und Älteren die Zeche zahlen müssen. Sie verlieren ihre Arbeitsplätze, Häuser oder Wohnungen, Renten und alles, was das Leben ein bisschen lebenswert macht. Wenn es in den letzten beiden Jahren eine „Erholung“ in einigen Ländern wie zum Beispiel in

Deutschland gegeben hat, dann ist diese unbemerkt an der übergroßen Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung vorbeigegangen, während die Profite der Unternehmen rapide angestiegen sind und die Reichsten noch reicher wurden. In den USA, Britannien und vielen Teilen Europas stürzt die Wirtschaft jetzt erneut in die Rezession.

Im letzten Jahr wurde Europa von der Krise der Staatsschulden heimgesucht, die ganze Länder am Rande des Staatsbankrotts zurückließ. Auf das Rettungspaket für Griechenland im Frühjahr 2010 – in Wahrheit eine Rettung der Investitionen der französischen und deutschen Banken auf dem Rücken der griechischen Arbeiterklasse – folgten schnell ähnliche „Rettungspakete“ für Irland und Portugal. Seitdem wurde Griechenland von den brutalen

**Für die Vereinigten Sozialistischen
Staaten von Europa!**

**Nahostkrieg
in der Linkspartei**

Seite 9

Sparprogrammen, die insbesondere die deutsche Regierung durchpeitscht, zusätzlich in eine immer tiefere Wirtschaftskrise getrieben. Jetzt soll Griechenland wieder vor dem unmittelbaren Bankrott gerettet werden, weil die weitere Existenz des Euro als europäische Währung bedroht ist. Als Finnland massive Sicherheiten für seinen Teil am Rettungsfonds von Griechenland forderte und auch bekam, erklärte die Londoner *Financial Times* (25. August), das Rettungspaket sei „bereits tot bei Ankunft“, und bemerkte: „Das Rettungspaket hat eine grundlegende Schwäche – es wurde entworfen, um das Märchen der europäischen Banken aufrechtzuerhalten, dass ihr Engagement in Griechenland sicher war, aber nicht um Athen eine Entlastung zu bieten.“ All die Verhandlungen, Rettungspakete und sozialen Kahlschlagsprogramme haben nichts dazu beigetragen, die Krise der Eurozone einzudämmen und die weitere Ansteckung zu verhindern.

Danach sah es so aus, als ob Spanien und Italien bankrott gehen würden, die steigenden Zinsen für ihre Staatsanleihen drohten sie vom Kapitalmarkt abzuschneiden, den sie brauchen, um ihre Wirtschaft am Laufen zu halten. Die Europäische Zentralbank (EZB) begann zig Milliarden Euros auszugeben, um spanische und italienische Staatsanleihen zu kaufen und damit die Zinsraten runterzudrücken, während die Regierungen der beiden Länder umso brutalere Sparprogramme ankündigten. Die spanische Wirtschaft ist aber zu groß, um ähnlich wie die griechische gerettet zu werden. Die italienische Wirtschaft ist noch größer – die drittgrößte in der Eurozone mit Schulden von 1,84 Billionen Euro. Als die Zinsen für italienische Regierungsschulden auf ein Rekordniveau stiegen, reagierte die rechte Regierung von Silvio Berlusconi auf Forderungen der EZB damit, Einsparungen im Staatshaushalt in Höhe von 45,5 Milliarden Euro bis 2013 durch Maßnahmen wie Steuererhöhungen und Kürzungen durchzudrücken.

Die italienische Regierung findet es aber nicht so einfach, diese Angriffe angesichts von wütendem Widerstand großer Teile der Bevölkerung durchzusetzen. Am 6. September rief der italienische Gewerkschaftsverband CGIL zu einem nationalen Streik auf, der den Transport, Industriebetriebe und die staatliche Verwaltung lahmlegte. In Italien, wie auch in anderen Teilen Europas, werden die Kämpfe der Arbeiter durch die Gewerkschaftsbürokratie behindert, die den Rahmen der Sparmaßnahmen der Bosse als unvermeidbar akzeptiert. Die CGIL-Führerin Susanna Camusso beschwerte sich lediglich darüber, dass die Maßnahmen „ungerecht“,

„unverantwortlich“ seien und „die ganze Last auf die Arbeiter des öffentlichen Dienstes legen“. Die Berlusconi-Regierung steht auch unter dem zunehmenden Druck ihrer EU-Partner, insbesondere Deutschlands, die Maßnahmen durchzudrücken. Die Antwort der deutschen CDU/FDP-Regierung auf die Krise des Euro ist die immer gleiche Forderung nach Sparmaßnahmen und einer „Schuldenbremse“ für die „Partner“ in anderen Ländern der Eurozone, was aber im Falle der Sparmaßnahmen die Krise verschärft und bei der „Schuldenbremse“ letztlich Volksverdummung ist, da die Regierung sich selbst so viele Schlupflöcher gelassen hat wie bei einem Schweizer Käse. Was übrig bleibt, ist dann einfach nationalistische Hetze von Merkel & Co. gegen Griechen, Italiener und andere, die angeblich zuviel Urlaub machen.

Käufe und Verkäufe auf den Aktienmärkten weltweit ähneln einer Achterbahnfahrt, wobei es jetzt tendenziell stark nach unten geht. Die Panik an den Aktienmärkten wurde eingeleitet durch das politische Gerangel in den USA zwischen dem demokratischen Präsidenten Barack Obama und der rechten Tea-Party-Fraktion der Republikaner über die Frage des Anhebens der gesetzlichen Höhe der Staatsschulden. Liberale Demokraten und andere toben, die Republikaner würden Amerika dadurch als „Geisel“ nehmen, dass sie sich weigerten, die Schuldengrenze anzuheben, falls nicht ihre Forderung nach Ausgabenkürzungen in Höhe von Billionen von Dollar umgesetzt würde und falls die Reichen höhere Steuern zahlen müssten. Aber es war der Präsident der Demokratischen Partei selbst, der das Märchen fabrizierte, dass „die einzige Supermacht der Welt“ wegen ihrer Schulden pleitegehen würde wie ein verarmtes Dritte-Welt-Land. Auch wenn sie nicht das Geld hätte – welches sie hat und zwar viel davon – könnte sie „immer Geld drucken“, wie es der frühere Vorsitzende der Federal Reserve Bank Alan Greenspan sagte. Unsere Genossen der Spartacist League/ U.S. bemerkten dazu:

„Obamas Absicht bei diesem Affentheater war nicht so verschieden von der der Republikaner, als er sich für die ‚großartige Gelegenheit‘ von massiven Sparmaßnahmen durch Einsparung von mehr als 4 Billionen Dollar sogenannter ‚Berechtigungsprogramme‘ wie Medicare, Medicaid [staatliche Gesundheitsprogramme] und Sozialhilfe über das nächste Jahrzehnt stark machte. Sein Beschwichtigungsmittel, ein paar Steuerschlupflöcher für Reiche zu schließen, war alles, was die Demokraten auswürgen

Fortgesetzt auf Seite 16

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Daniel Witt

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 3. Oktober 2011

Nr. 190

Oktober 2011

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb
Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 28 beigelegt.



Bangladesch: Frau barbarisch verstümmelt

Folgender Artikel erschien in Spartacist Canada Nr. 170, Herbst 2011, Zeitung unserer kanadischen Genossen der Trotskyist League/Ligue trotskyste.

Am 5. Juni wurde in Dhaka, Bangladesch, die 33 Jahre alte Rumana Monzur von ihrem Mann derart entstellt, dass sie für immer blind ist. 25 lange Minuten folterte er Rumana, stach ihre Augen aus und biss ihre Nase und Teile ihres Gesichts ab. Rumana, Dozentin für Internationale Beziehungen an der Universität von Dhaka, arbeitet an ihrem Magister-Abschluss in Politikwissenschaften an der University of British Columbia (UBC) in Vancouver. Im Mai kehrte sie nach Dhaka zurück, um ihre Familie und ihre fünfjährige Tochter zu besuchen und ihre Examensarbeit zu Ende zu bringen. Dieser Anschlag auf ihr Leben geschah mit der Absicht, Rumanas akademische Karriere zu beenden; in ihren eigenen Worten: „Er hasste die Vorstellung, dass ich gebildet sein würde.“

Berichten zufolge wurde Rumanas Ehemann Hassan Sayed am 15. Juni verhaftet – erst nachdem die Lehrergewerkschaft Bangladeschs an der Universität von Dhaka mit Streik gedroht hatte. Er ist nun des versuchten Mordes angeklagt. Seine Verhaftung erfolgte, nachdem am 14. Juni Studenten und Lehrer an der Universität protestierten und zwei Menschenketten sowie eine Demonstration über den Campus organisierten. Angesichts der Gefahren, die es mit sich bringen würde, die Geschichte publik zu machen, verlangten die Demonstranten außerdem Sicherheit für Rumanas Familie. Und sie forderten, dass die Regierung und die Universität von Dhaka die medizinischen Behandlungen bezahlen sollen. Da dieses grauenhafte Verbrechen allgemein bekannt wurde, erhielt Rumana medizinische Hilfe in Indien und Kanada, aber Versuche, ihr Sehvermögen zu retten, waren tragischerweise vergeblich. Jetzt wurde ihr sowie einigen ihrer engsten Familienmitglieder eine befristete Aufenthaltserlaubnis in Kanada erteilt.

Auch in Kanada entfachte ihre Geschichte Wut. Am 26. Juni organisierten Studenten am St. Johns College, dem Wohnheim der UBC, wo Rumana gelebt hatte, eine Demonstration von 300 Leuten. Am Protest beteiligten sich Studenten, Lehrer, Gewerkschafter und Frauenorganisationen sowie Unterstützer der Trotskyist League. Auf Plakaten wurde „Gerechtigkeit für Rumana“ gefordert und



Priyo

Oben: 13. Juni, Studentenprotest an der Universität von Dhaka zur Unterstützung von Rumana Monzur (rechts), die durch den Angriff ihres Ehemanns erblindete. Religiöse Reaktion ist Todfeind für Frauen



„Respektiert das Recht der Frauen auf Bildung“.

Bei dieser Demonstration und in kanadischen Zeitungsartikeln bestanden einige Feministinnen darauf, der Angriff habe nichts mit Religion zu tun und sei einzig eine Frage von „häuslicher Gewalt“, und sie behaupteten, dies zu bestreiten sei rassistisch. Es ist wahr, dass Gewalt gegen Frauen in allen Gesellschaften stattfindet, über Klassen-, religiöse und nationale Grenzen hinweg; aber was Rumana passiert ist, trug alle Kennzeichen eines versuchten „Ehrenmordes“. Zahllose solcher Morde geschehen im Nahen Osten, in Süd- und Zentralasien, und auch in vielen imperialistischen Ländern. Diese brutalen Verbrechen haben ihren Ursprung darin, dass der Wunsch einer Frau, unabhängig von „traditioneller“ Kultur zu leben, mit dem Erbe vorkapitalistischer sozialer und wirtschaftlicher Normen kollidiert, die in weiten Teilen der Welt fortbestehen.

Der Angriff auf Rumana erinnert daran, wie die 17-jährige Aqsa Parvez vor vier Jahren in einem Vorort von Toronto von ihrem Vater ermordet wurde, und ebenso an die Serie brutaler Morde an Frauen der Sikhs in der Provinz British Columbia durch ihre Ehemänner und andere Verwandte. Aqsa hatte sich geweigert, den islamischen Hijab (ein Schultern und Hals bedeckendes Kopftuch) zu tragen; unter den Sikh-Frauen war es oft so, dass ihre relative wirtschaftliche Unabhängigkeit durch Jobs als Lehrerin, Krankenschwes-

Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!



ter, Softwareentwicklerin usw. mit der traditionellen Sikh-Gesellschaft zusammenprallte, wo arrangierte Ehen und Brautgeld die Norm sind. In Rumanas Fall kamen ihre akademischen Bestrebungen und ihr unabhängiges Leben im Ausland auf ähnliche Weise in Konflikt mit traditioneller muslimischer Kultur.

Solche Verbrechen werfen ein Schlaglicht auf die explosive Mischung von Frauenunterdrückung und Rassismus gegen Immigranten im heutigen Kanada. Wir verurteilen, dass rassistische Reaktionäre und kapitalistische Politiker diese grauenhaften Morde ausschachten, um fanatische Hetze gegen Immigranten und Muslime anzuheizen. Rassistische Hysterie gegen Muslime nährt hierzulande den „Krieg gegen Terror“ der Herrschenden, der zahllose falsche, abgekartete Anklagen mit sich brachte, Internierung und „Überstellung“ von Menschen an andere Länder, wo sie gefoltert werden, sowie fortgesetzte Angriffe auf die Rechte von allen. Zu diesem „Krieg gegen Terror“ gehört es auch, dass immer wieder verschleierte muslimische Frauen zum Sündenbock gemacht werden.

Wir wenden uns aufs Schärfste gegen diese Kampagne der rassistischen herrschenden Klasse gegen Muslime und andere Minderheiten. Gleichzeitig solidarisieren wir uns nachdrücklich mit Frauen, die versuchen, der Enge religiöser Traditionen zu entkommen. Bangladesch ist ebenso wie auch der übrige indische Subkontinent durch vorkapitalistische soziale und wirtschaftliche Normen geprägt. Dieses neokoloniale Land ist durch die Diktate der imperialistischen Ordnung beherrscht und steht gleichzeitig unter der Tyrannei des religiösen Obskurantismus; kapitalistische Ausbeutung manipuliert und vertieft die altertümlichen Traditionen und Tabus.

Das Konzept der „Familienehre“ – die Kontrolle über die Sexualität einer Frau durch ihre Familie – gibt es nicht nur im Islam, sondern es kommt in einer Reihe von Religionen vor, so auch im Christentum. Es ist die Widerspiegelung davon, dass Frauen als das Eigentum ihrer Männer oder Väter angesehen werden. Dies bringt Friedrich Engels in seinem klassischen Werk *Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats* (1884) machtvoll auf den Punkt: „Um die Treue der Frau, also die Vaterschaft der Kinder, sicherzustellen, wird die Frau der Gewalt des Mannes unbedingt überliefert: Wenn er sie tötet, so übt er nur sein Recht aus.“

Rumana und ihre Familie waren sich bewusst, welche tödlichen Konsequenzen es für eine Frau in Bangladesch haben kann, wenn ihre „Tugend“ infrage gestellt wird. So baten sie Studienkollegen und Freunde in Vancouver inständig darum, Rumanas Treue zu bezeugen, nachdem ihr Ehemann sie der Untreue bezichtigt hatte, um seine Folter an ihr zu „rechtfertigen“. Solche Anschuldigungen bedeuten für viele Frauen und junge Mädchen den Tod. Dies widerfuhr Hena Acuter, 14 Jahre alt, Vergewaltigungsopfer. Sie wurde im Januar zu Tode gepeitscht, nachdem muslimische Geistliche vor Ort sie in einer „Fatwa“ des Ehebruchs bezichtigt hatten. Seitdem haben sich Berichte zufolge mindestens drei weitere Frauen aus Bangladesch umgebracht, nachdem sie ähnlicher öffentlicher Demütigung und Folter ausgesetzt waren.

In Gegenden wie Bangladesch, auf denen jahrhundertealte „Bräuche“ schwer lasten, können selbst grundlegende Fragen demokratischer Reformen explosiv sein. 1994 wurde die bangladeschische Autorin Taslima Nasrin von islamischen Fundamentalisten aus dem Land gejagt, die sich wütend über Taslimas Kampf für Frauenrechte, unter anderem für das Recht auf Verhütung und Abtreibung, aufregten (siehe „Women and the Permanent Revolution in Bangladesh“ [Frauen und die permanente Revolution in Bangladesh], *Women and Revolution* Nr. 44, Winter 1994/

Frühjahr 1995).

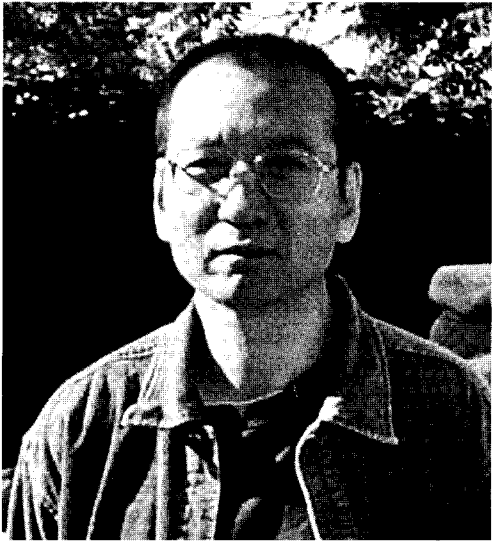
Dieses Jahr im April inszenierten reaktionäre Fundamentalisten einen Generalstreik als Antwort auf die Nationale Frauenentwicklungspolitik der Regierung. So bescheiden die mit dieser Politik verbundenen Reformen an der im Einklang mit islamischen Vorschriften erlassenen Familiengesetzgebung auch waren, zogen sie doch den Zorn der Fundamentalisten auf sich. Eine Reihe nach links tendierender Frauengruppen, darunter die Frauenzelle der Kommunistischen Partei von Bangladesch, haben für das Programm „Gleiche Rechte sind unsere Minimalforderung“ demonstriert. Sie protestieren gegen die Unvollständigkeit der Regierungspolitik und fordern ein „vereinheitlichtes“ Familienrecht und gleiches Erbschaftsrecht für Frauen. Welche Reformen auch immer den bürgerlichen Herrschern abgerungen werden können, wie partiell sie auch sein mögen, sie müssen verteidigt werden. Aber auf Appelle an bürgerliche Regierungen zu vertrauen, sie sollten Frauen schützen und tatsächliche Gleichheit zwischen den Geschlechtern herstellen, ist eine Sackgasse.

Auch Christentum und Judentum in ihren vielen Varianten predigen erstickende Moralvorstellungen, um die patriarchalische Familie, die wichtigste soziale Institution zur Unterdrückung der Frauen, aufrechtzuerhalten. Diese Religionen haben ihre Wurzeln ebenfalls in der vorkapitalistischen Gesellschaft, aber sie passten sich dem aufsteigenden Industriekapitalismus und den bürgerlich-demokratischen Nationalstaaten an, wo sie existierten. Die radikalen demokratischen Prinzipien der Aufklärung waren die ideologische Widerspiegelung der historischen materiellen Fortschritte gegenüber einer rückständigen Feudalgesellschaft. Der Islam musste sich als Religion nicht anpassen, hauptsächlich weil er in jenen Teilen der Welt verwurzelt ist, wo die Imperialisten soziale Rückständigkeit verstärkt haben, die ihre Vorherrschaft sichern soll.

Die Emanzipation der Frauen als Teil der Befreiung aller Unterdrückten Bangladeschs und des gesamten Subkontinents erfordert einen Kampf für *permanente Revolution* – die die Arbeiterklasse erobert an der Spitze der Bauernschaft und der unterdrückten Massen die Macht durch eine sozialistische Revolution, organisiert die Gesellschaft auf Basis vergesellschafteten Eigentums um und kämpft dafür, die Revolution international auszuweiten, insbesondere auf die imperialistischen Zentren. Das beste historische Beispiel dafür ist die große Oktoberrevolution 1917 in Russland, geführt von den Bolschewiki, der Partei von W.I. Lenin und Leo Trotzki. Solch eine Perspektive bedeutet, gegen religiösen Obskurantismus und die Unterdrückung der Frauen den Kampf aufzunehmen. Bangladesch hat eine lebhaft und potenziell machtvolle Arbeiterklasse mit einem bedeutenden Anteil von Arbeiterinnen, die in der Bekleidungs- und Juteindustrie konzentriert sind. Diese Arbeiterinnen werden für die Revolution eine starke treibende Kraft sein. Wie Trotzki 1924 in seiner Rede „Die Aussichten und die Aufgaben der Kommunisten im Osten“ schrieb:

„Das bedeutet aber zugleich, dass die in der Lebensführung, in den Sitten und Gebräuchen, in der Arbeit am meisten festgekettete orientalische Frau, die versklavteste der Sklavinnen, wenn sie – gemäß den Forderungen der neuen wirtschaftlichen Verhältnisse – den Schleier abgelegt haben wird, sich sofort einer gewissen geistigen Stütze beraubt fühlen wird, leidenschaftlichen Durst nach neuen Gedanken, nach einem neuen Bewusstsein haben wird, die es ihr erlauben, ihre neue Lage in der Gesellschaft geistig zu artikulieren. Und es wird keinen besseren Genossen im Osten geben, keinen besseren Kämpfer für die Gedanken der Revolution, für die Gedanken des Kommunismus, als die erwachte arbeitende Frau.“ ■

Hongkong: Pseudotrotzkisten bejubeln Liu Xiaobo, Handlanger der Imperialisten



KBC News



AP

Liu Xiaobo, Gewinner des „Friedens“-nobelpreises 2010 (links), ist in Gesellschaft imperialistischer Handlanger und Kriegsverbrecher wie Henry Kissinger (rechts vorn, 1972 mit US-Präsident Nixon)

Der folgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard, Zeitung der Spartacist League/USA., Nr. 981, 27. Mai 2011.

Es ist immer das Gleiche: Je abscheulicher und blutiger die Verwüstungen sind, die die Imperialisten anrichten, umso lauter schreien sie nach „Menschenrechten“ dort, wo der Kapitalismus gestürzt wurde. Genau das tat US-Außenministerin Hillary Clinton vor ein paar Wochen in Washington, als sie bei hochrangigen Gesprächen mit Repräsentanten Chinas Schimpfkanonaden vom Stapel ließ. Mit Blick auf ein erneutes scharfes Vorgehen gegen Dissidenten polterte Clinton, Chinas Führer „versuchen die Geschichte aufzuhalten, das ist ein nutzloses Unterfangen“. Liberale Leitartikel und Kolumnenschreiber haben getan, was von ihnen erwartet wird, und China über „Menschenrechte“ beschimpft. All dies zu einer Zeit, wo die herrschende Klasse der USA mörderische Besetzungen Iraks und Afghanistans betreibt und Libyen bombardiert und wo die Anwendung von Folter im „Krieg gegen Terror“ nur eine bescheidene Debatte darüber auslöst, wie effektiv das denn nun wirklich sei.

Ein wesentlicher Fokus des jüngsten Gezetters über „Menschenrechte“ in China war der inhaftierte antikommunistische Intellektuelle Liu Xiaobo. Besonders nachdem Liu letztes Jahr den Friedensnobelpreis erhielt, glorifizierten ihn die westlichen bürgerlichen Medien als unerschütterlichen Verteidiger von „Demokratie“ und „Menschenrechten“. Eine bemerkenswerte Ausnahme war ein Artikel im liberalen Londoner *Guardian* (15. Dezember 2010), der ihn als fanatischen Unterstützer des US-amerikanischen Militarismus bloßstellte, in der Vergangenheit und auch heute. Unter der Überschrift „Wissen Unterstützer des Nobelpreisträgers Liu Xiaobo wirklich, wofür er steht?“ kommentieren Barry Sautman und Yan Hairong:

„Wäre Lius Politik gut bekannt, würden die meisten Leute ihm keinen Preis ver-

leihen wollen, denn er steht für Krieg, nicht für Frieden. Er unterstützte die Invasionen Iraks und Afghanistans, und in einem Aufsatz 2001 applaudierte er im Nachhinein den Kriegen in Vietnam und Korea. Bei all diesen Konflikten gab es massive Verletzungen der Menschenrechte. Aber in seinem Artikel ‚Lektionen des Kalten Krieges‘ argumentiert Liu: ‚Die freie Welt unter Führung der USA bekämpfte fast alle Regime, die auf den Menschenrechten herumtrampelten... Die großen Kriege, in die die USA verwickelt wurden, sind alle ethisch zu verteidigen.‘ Während der US-Präsidentenwahl 2004 lobte Liu wärmstens George Bush für seinen Krieg gegen Irak und verdammt den Kandidaten der Demokraten, John Kerry, weil der die Kriege der USA nicht genügend unterstützte.“

Um den Friedensnobelpreis verliehen zu bekommen, ist es praktisch eine Voraussetzung, imperialistischer Kriegsverbrecher zu sein (z. B. Henry Kissinger oder Barack Obama)

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG

Für permanente Revolution in Nordafrika und Nahost!

Für revolutionäre Arbeiterparteien!

Berlin

Samstag, 19. November, 15 Uhr,
Seminarraum 4, Alte Feuerwache,
Axel-Springer-Str 40/41,
(Nähe U-Bhf. Kochstr.)

Hamburg

Dienstag, 22. November, 19 Uhr,
Café-Raum der AIDS-Hilfe e.V.,
Lange Reihe 30-32,
(Nähe Hauptbahnhof)



U.S.A.F.

US-Bomben während des Vietnamkriegs, einem der vielen imperialistischen Kriege, die Liu unterstützt

oder Speichellecker der Imperialisten (z.B. der Dalai Lama).

Beim Lob auf Liu schließen sich den Imperialisten die Pseudotrotzkisten an, die im kapitalistischen Hongkong *October Review* herausgeben, in dem Teil der Volksrepublik China (neben der winzigen Enklave Macao), wo die Kommunistische Partei kein Monopol der politischen Organisation ausübt. In einem Artikel mit der Überschrift „Liu Xiaobo muss sofort freigelassen werden! Die Menschenrechte müssen in China wiederhergestellt werden!“ beschreibt *October Review* (31. Dezember 2010) diesen Typen, der den amerikanischen imperialistischen Militarismus lautstark unterstützt, als jemanden, der „für Demokratie durch friedliche Mittel kämpfte“. Im Artikel wimmelt es von den anti-kommunistischen Codewörtern „Menschenrechte“ und (klassenlose) „Demokratie“. „Dass Liu den Friedensnobelpreis bekam, ist auch eine Kritik an den chinesischen Behörden“, lässt man uns wissen, „also kann es eine Ermutigung für die Entwicklung der Demokratiebewegung in China sein.“ Die gleiche Sprache benutzte die *Washington Post* (30. Januar 2009) – ein Hauptsprachrohr des amerikanischen Imperialismus –, als sie Lius Bewegung der Charta 08 als Chinas „neue Demokratiebewegung“ bejubelte.

„Menschenrechts“-Imperialismus gegen China

Als Washingtons beliebtester antikommunistischer „Disident“ in China tauchte Liu vor etwas mehr als zwei Jahren auf. Er war Hauptautor des Manifests Charta 08, „ein explizites Programm für kapitalistische Konterrevolution im deformierten Arbeiterstaat China, gehüllt in das Mäntelchen von ‚Demokratie‘“, wie wir damals schrieben (*Spartakist* Nr. 177, Mai 2009). In der Charta 08 wurde die Privatisierung der staatseigenen Betriebe – des kollektivierten Kernstücks der chinesischen Wirtschaft – und ebenso der landwirtschaftlichen Nutzflächen gefordert. Das war ein Programm, um die sozialen Errungenschaften der Revolution von 1949 zurückzurollen. Seine Umsetzung würde China in imperialistische Unterjochung und ungehinderte Ausbeutung zurückwerfen. Es überrascht nicht, dass die Organisationen, mit denen Liu zu tun hatte, finanziell von der National Endowment for Democracy [Nationale Stiftung für Demokratie] unterstützt wurden, einer berüchtigten Frontorganisation der CIA.

Zwar war uns klar, dass die Charta 08 ein konterrevolutionäres Programm darstellte, aber wir unterstützten nicht die Unterdrückung der Initiatoren und Unterzeichner durch die stalinistische Bürokratie, die ihre privilegierte Position durch heftige allseitige politische Repression verteidigt. Liu

und die anderen rechten Intellektuellen führten weder damals noch heute eine Bewegung an, die die Existenz des chinesischen Arbeiterstaats bedroht, wie das zum Beispiel Solidarność in Bezug auf Polen 1981 tat. Als revolutionäre Marxisten (Trotzkisten) forderten wir „Zerschlagt die Konterrevolution der Solidarność!“ und kämpften darum, polnische Arbeiter für ein Programm der Verteidigung des polnischen und des sowjetischen Arbeiterstaats gegen kapitalistische Konterrevolution und für proletarisch-politische Revolution zu gewinnen, um die parasitären stalinistischen Bürokratien rauszuwerfen.

Dieses Programm ist heute in China die entscheidende Waffe, um der Charta-08-Bewegung und ihren Apologeten in der Linken, wie etwa *October Review*, eine politische Niederlage zu bereiten. Charta 08 unterstützte im Nachhinein das von den Imperialisten gestützte Regime der Guomindang (Nationale Volkspartei) unter Chiang Kaishek gegen die Kommunistische Partei Chinas

(KPCh) im Bürgerkrieg Ende der 40er-Jahre. Die Chinesische Revolution von 1949 war eine progressive soziale Revolution von weltgeschichtlicher Bedeutung. Hunderte Millionen Bauern erhoben sich und nahmen das Land in Besitz, auf dem ihre Vorfahren seit Urzeiten ausgebeutet worden waren. Die Einführung einer zentral geplanten, kollektivierten Wirtschaft schuf die Basis für enormen sozialen Fortschritt.

Die Revolution war jedoch von Anfang an deformiert unter der Herrschaft von Mao Zedongs KPCh-Regime, einer nationalistischen bürokratischen Kaste, die auf dem Arbeiterstaat thronte. Im Unterschied zur russischen Oktoberrevolution 1917, die von einem klassenbewussten Proletariat, das sich vom bolschewistischen Internationalismus W.I. Lenins und Leo Trotzki leiten ließ, durchgeführt worden war, war die Chinesische Revolution das Ergebnis eines Krieges von Bauern-Guerillas, geführt von Maos stalinistisch-nationalistischen Kräften. Nach dem Muster der stalinistischen Bürokratie, die in der UdSSR die Macht an sich gerissen hatte, haben Mao und seine Nachfolger bis zum heutigen Regime unter Hu Jintao die zutiefst antimarxistische Vorstellung vertreten, dass Sozialismus – eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft, die auf materiellem Überfluss basiert – in einem einzelnen Land aufgebaut werden könnte. In der Praxis bedeutete „Sozialismus in einem Land“ eine Anpassung an den Weltimperialismus und die Ablehnung der Perspektive internationaler Arbeiterrevolution, die für das Voranschreiten zum Sozialismus wesentlich ist.

Irgendwann werden die explosiven sozialen Spannungen innerhalb Chinas die politische Struktur der herrschenden bürokratischen Kaste zerschmettern. Und wenn das passiert, steht das Schicksal des bevölkerungsreichsten Landes der Erde auf des Messers Schneide: proletarisch-politische Revolution zur Errichtung einer Regierung, die auf gewählten Arbeiter- und Bauernräten basiert und den Weg zum Sozialismus eröffnet, oder kapitalistische Versklavung und imperialistische Unterjochung.

Auf ihre eigene Weise erkennen Chinas stalinistische Herrscher, dass sie auf einem sozialen Vulkan sitzen. Das zeigt sich ganz deutlich in ihrer Antwort auf die Massenproteste, die den ägyptischen Despoten Hosni Mubarak stürzten. Das staatlich gelenkte Fernsehen zeigte Bilder der Proteste aus großer Entfernung, wo kein einziger Demonstrant zu erkennen war. Stattdessen fokussierten sie auf zerbrochene Scheiben bei Banken, brennende LKWs und Plünderungen, dies alles begleitet von Kommentaren darüber, wie sehr die Regierung versuche, die Ordnung wiederherzustellen. Nach den politischen Turbulenzen in Nordafrika gab es

in China verstärkte Repression gegen abweichende Meinungen (Festnahmen und Inhaftierung von Aktivisten, Künstlern und Anwälten sowie mehr Zensur im Internet).

Einige Elemente der herrschenden Kreise in den USA wiederum sahen offenbar eine Gelegenheit, ein paar chinesische Intellektuelle und andere aus der gebildeten (und materiell privilegierten) Kleinbourgeoisie zu ermutigen, im Namen der „Demokratie“ auf die Straße zu gehen. Dies taufte man „Jasmin-Revolution“. Antikommunistische Emigranten in den USA, die sich um die Demokratische Partei Chinas gruppieren, setzten sich an ihre Computer und schickten Aufrufe zu Aktionen in Beijing, Shanghai und anderen chinesischen Städten in den Cyberspace. Eine Überschrift in der *New York Times* (29. April) brachte es gut auf den Punkt: „Versuch, einen Volksprotest in China zu schüren – aus einem Schlafzimmer in Manhattan“. Die „Jasmin-Revolution“ entpuppte sich als Reinfluss. Nur eine Handvoll Leute folgten dem Aufruf, darunter der US-Botschafter, der gerade zur rechten Zeit an einem der angekündigten Orte „zufällig vorbeikam“. Schon die Orte selbst, die für diese „Demokratie“-Proteste ausgewählt worden waren, lassen erkennen, dass hier die Oberschicht zugange war: Starbucks, McDonald's und Wangfujing, ein schicker Einkaufsbezirk in Beijing, den ausländische Touristen und Chinas Neureiche frequentieren.

Pseudotrotzkisten drängen auf „demokratische“ Konterrevolution

Nun könnte jemand argumentieren, dass Leute, die gerne an der „Jasmin-Revolution“ teilgenommen hätten, durch effektive Polizeistaatsrepression eingeschüchtert waren. Aber in genau diesem Zeitraum gab es in Shanghai einen dreitägigen Streik und wütende Proteste von Lastwagenfahrern, meist Eigentümer ihrer Fahrzeuge, gegen rapide steigende Benzinpreise und auch gegen hohe staatliche Gebühren. An brodelnder Unzufriedenheit mangelt es in großen Teilen der chinesischen Bevölkerung überhaupt nicht – seien es Arbeiter sowohl in staatlichen als auch in privaten Betrieben, kleine Landpächter oder auch Elemente der städtischen Kleinbourgeoisie. Die Frage ist, welche politische Richtung die Opposition gegen die herrschende stalinisti-

sche Bürokratie einschlagen wird. Entscheidende Faktoren dabei werden der Charakter und die Ziele der Führung einer solchen Opposition sein.

Wenn die politische Situation in China offener wird, werden revolutionäre Marxisten auf Tendenzen treffen, die nach klassenloser „Demokratie“ streben und doch gleichzeitig behaupten, für die Interessen der Arbeiterklasse und sogar für Sozialismus einzutreten. Dazu werden auch Gruppen gehören, die fälschlicherweise behaupten, Trotzlisten zu sein, wie etwa *October Review*. Diese Gruppe ist international mit dem Vereinigten Sekretariat (VS) verbunden, das schon wiederholt der „bürgerlich-demokratischen“ Konterrevolution gedient hat, indem es Trotzki's revolutionäre Opposition gegen den Stalinismus prostituiert. Während der letzten Phase des Kalten Kriegs, in den 80er- und frühen 90er-Jahren, unterstützte das VS, geführt vom inzwischen verstorbenen Ernest Mandel, jegliche von den Imperialisten gestützte antikommunistische Kraft in der sowjetischen Sphäre, von Solidarność in Polen bis zu den „Demokraten“ um Boris Jelzin in Russland. Die Typen um *October Review* äußern ihre antikommunistische Feindschaft gegen China eher noch schriller, als es die Mandelianer gegenüber der Sowjetunion getan haben. Aber das ist nur ein Unterschied von Nuancen.

Wirklicher Trotzkiismus bedeutet, das revolutionäre proletarisch-internationalistische Banner der Oktoberrevolution von 1917 weiterzutragen. Hier die Schlussfolgerung unseres Artikels über die Charta 08:

„Eine proletarisch-politische Revolution, die ein China von Arbeiter- und Bauernräten hervorbringt, wäre ein Leuchtfeuer für die unterdrückten werktätigen Massen Asiens und der ganzen Welt. Das würde der bürgerlichen Propaganda vom ‚Tod des Kommunismus‘ den Todesstoß versetzen, die geknechteten Massen der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropas aufrichten und die Arbeiter in den imperialistischen Kernländern beflügeln. Dies ist letztlich die einzige Perspektive zur Bezwingung der Sirenengesänge von ‚Demokratie‘, die von Feinden der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, imperialistisch unterstützten Gruppen ebenso wie Pseudosozialisten, verbreitet werden.“ ■

Spartakist-Abokampagne 2011

Quoten der Abokampagne 2011

Berlin	90
Hamburg	80
Sonstige	5
Gesamt	175

- Jahresabo: € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

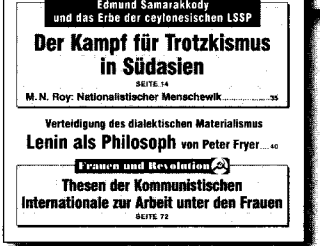
Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

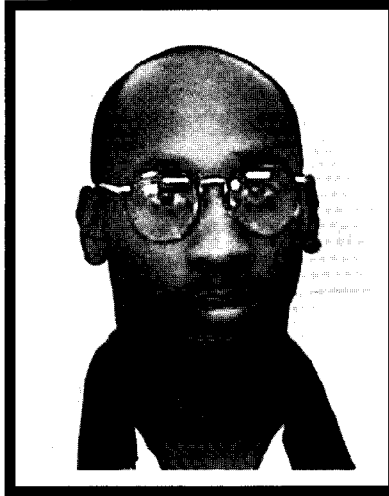
Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 23555, 10127 Berlin
 Konto 1 1988-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 10060
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF



Rassistischer staatlicher Lynchmord

USA: Troy Davis hingerichtet

Troy Davis ist tot. Der 42-jährige Schwarze wurde in der Nacht des 21. September im Bundesstaat Georgia trotz schwerwiegender Beweise für seine Unschuld legal ermordet. Bis zu seinem letzten Atemzug, selbst als die staatlichen Vollstrecker die tödliche Injektion verabreichten, erklärte Troy Davis: Ich bin unschuldig. Der Oberste Gerichtshof der USA (einschließlich der Richter, die von Obama berufen worden waren) weigerte sich trotz wachsenden internationalen Protests, die Beweise, die Davis entlasteten, auch nur zu überprüfen – er war verurteilt worden, weil er 1989 einen weißen Polizisten, der nicht im Dienst war, getötet haben soll. Präsident Obama, ein Befürworter der Todesstrafe, weigerte sich einzugreifen, als für Davis die Zeit ablief. Sein Pressesprecher Jay Carney erklärte, „es sei ‚nicht angemessen für den Präsidenten der Vereinigten Staaten, sich in spezifische Fälle wie diesen einzuschalten, der der Rechtsprechung eines Bundesstaats unterliegt“ (*junge Welt*, 23. September). Dies zeigt einmal mehr, dass es keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten gibt.



Georgia Department of Corrections

Die Hinrichtung war nichts anderes als rassistischer legaler Lynchmord. 1991 wurde Davis nach einem abgekarteten Verfahren mit Hilfe von fragwürdigen Identifizierungen durch Augenzeugen, mit dubiosen Behauptungen, er habe gestanden, sowie Aussagen, die die Bullen erzwungen hatten, zum Tode verurteilt. Dabei gab es nicht den kleinsten physischen Beweis, der ihn mit der Tötung hätte in Verbindung bringen können. Sieben der neun Zeugen der Anklage haben ihre Aussagen seit damals widerrufen. Die einzigen, die bei ihrer Darstellung bleiben, sind ein Mann, der vielleicht der tatsächliche Mörder ist, und ein anderer, der ursprünglich verneinte, den Schützen identifizieren zu können, aber dann zwei Jahre später Davis die Tötung anhängte.

Bei einer Anhörung des Bundesgerichtes berichteten einige der Zeugen, wie sie von den Bullen gezwungen wurden, Davis in die Sache hineinzuziehen. Aber der Richter hielt Verurteilung und Todesstrafe aufrecht, höhnte gleichzeitig, dass diese Aussagen „Vernebelungen“ seien, und erklärte die Berichte über Zwang durch Polizei/Staatsanwaltschaft – eine vollkommen normale Erscheinung des kapitalistischen Justizsystems – für unglaubwürdig ... weil die Bullen sagten, dass es so nicht passiert sei! (Siehe „Troy Davis Appeal Turned Down“ [Troy Davis' Gesuch abgewiesen], *Workers Vanguard* Nr. 965, 24. September 2010.)

Der legale staatliche Lynchmord an Troy Davis ist ein Beispiel dafür, dass das Leben eines Schwarzen für die kapitalistischen Herrscher Amerikas nichts wert ist. In diesem niedergehenden Profitsystem, das auf der Versklavung von Schwarzen begründet wurde, zeigt sich der Impuls der bürgerlichen Herrscher, Völkermord zu begehen, durch Todesstrafe, massenhafte Einkerkierung von Schwarzen, Vernichtung von Sozialleistungen und durch brutalen Bullenterror in den Gettos. Troy Davis ist ein Opfer des bürgerlichen „Rechts“-systems, dessen Grundlage der Schutz der kapitalistischen Herrschaft und der Profite durch organisierten

Terror gegen die Arbeiterklasse, die Masse der Schwarzen und gegen andere Minderheiten ist.

Wir Trotzkiten sind aus Prinzip gegen die Todesstrafe – sowohl für die Schuldigen als auch für die Unschuldigen. Wir gestehen dem Staat nicht das Recht zu, darüber zu entscheiden, wer leben und wer sterben soll. Die Todesstrafe ist

ein barbarisches Vermächtnis der mittelalterlichen Folter, ein System des legalen Mords, das die Verrohung der Gesellschaft in jeder Hinsicht verstärkt. Und im rassistischen Amerika sind vor allem Schwarze die Opfer des Staatsterrors, egal ob dieses System des Kapitals durch die Partei der Republikaner oder der Demokraten verwaltet wird. Davis wurde in einem Gerichtssaal der Prozess gemacht, in dem die Staatsfahne von Georgia hing, die damals noch zum Teil aus der Konföderiertenflagge der Sklavenhalter aus dem Bürgerkrieg bestand. Das Lynchen eines schwarzen Mannes – sei es durch einen rassistischen Mob oder ein erlauchtes Gericht – ist tief verwurzelter Bestandteil der Geschichte dieses Landes, insbesondere in den Südstaaten wie Troy Davis' Georgia, jedoch

keinesfalls ausschließlich dort. Über 40 Prozent der Todeszelleninsassen in den USA sind Schwarze. *Weg mit der rassistischen Todesstrafe!*

Hunderttausende haben sich mit Petitionen und öffentlichen Erklärungen gegen die Hinrichtung von Davis ausgesprochen, einschließlich des ehemaligen US-Präsidenten Jimmy Carter, des ehemaligen FBI-Chefs William Sessions, Südafrikas Erzbischof Desmond Tutu und des Papstes. Daraufhin mögen Georgias Herrscher durchaus gezögert haben, aber nur zu dem Zweck, zusätzliche gerichtliche Genehmigungen für Davis' Ermordung zu sammeln. Um der grausigen Todesmaschinerie der US-Herrscher endgültig Einhalt zu gebieten, ist es notwendig, das rassistische kapitalistische System durch eine proletarische Revolution wegzufegen.

Um die Gräueltat dieser Hinrichtung zu stoppen, schlossen sich Unterstützer des Partisan Defense Committee, des Komitees für soziale Verteidigung und der Schwesterorganisationen den internationalen Protesten an, so auch vor der amerikanischen Botschaft in Berlin. Unsere Gedanken sind bei Troy Davis' Familie. Wir ehren Troys Mut und gedenken seiner mit dem letzten Brief, den er an seine Unterstützer schrieb, während er an seinem letzten Tag auf einen Strafaufschub hoffte:

„Es gibt so viele weitere Troy Davis. Dieser Kampf zur Abschaffung der Todesstrafe wird nicht durch mich gewonnen oder verloren, sondern durch unsere Stärke, voranzuschreiten und jede unschuldige Person in Gefangenschaft auf dieser Welt zu retten. Wir müssen dieses Unrechtssystem niederreißen, Stadt für Stadt, Staat für Staat und Land für Land.

Ich kann es nicht erwarten, bei euch zu sein, und sei es in physischer oder geistiger Form, eines Tages werde ich erklären: *Ich bin Troy Davis* und *ich bin frei!*

Hört nie auf, für Gerechtigkeit zu kämpfen, und wir werden gewinnen!“ ■

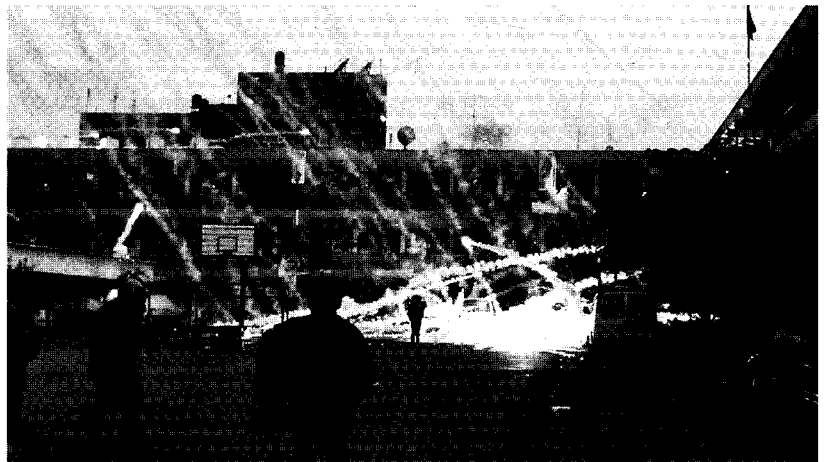
Beschluss der Linkspartei denunziert Antizionismus als „antisemitisch“ Nahostkrieg in der Linkspartei

Die Auseinandersetzungen um den Nahen Osten haben in der Linkspartei mit dem vom Parteivorstand durchgepeitschten Beschluss der Bundestagsfraktion Die Linke vom 7. Juni einen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Der für alle Fraktionsmitglieder und deren Mitarbeiter bindende Beschluss legt fest: „Wir werden uns weder an Initiativen zum Nahost-Konflikt, die eine Ein-Staaten-Lösung für Palästina und Israel fordern, noch an Boykottaufrufen gegen israelische Produkte noch an der diesjährigen Fahrt einer ‚Gaza-Flottille‘ beteiligen.“ Dies wurde damit begründet, „dass Deutschland wegen der furchtbaren Verbrechen der Deutschen an den Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus eine besondere Verantwortung gegenüber Israel und gegen jede Art von Antisemitismus, Rassismus, Unterdrückung und Krieg hat“. Dieses Verbot, an Solidaritätsaktionen mit dem unterdrückten palästinensischen Volk teilzunehmen, spuckt auf den Kampf gegen Rassismus, Unterdrückung und reaktionären Krieg – denn all dem sind die Palästinenser seit Jahrzehnten ausgesetzt. Damit ist es auch dem Kampf gegen Antisemitismus entgegengesetzt.

Die Resolution basiert auf der falschen Gleichsetzung von Juden, hebräischer Nation und Israel, die von den zionistischen Herrschern Israels und von Antisemiten betrieben wird. Die Mehrheit der heute ca. 13,5 Millionen Juden lebt außerhalb Israels. Nur 80 Prozent der israelischen Staatsbürger sind Juden. 20 Prozent sind arabische Israelis, die rassistisch diskriminiert und besonders unterdrückt werden. Die knapp sechs Millionen Juden, die in Israel leben, bilden aufgrund ihrer gemeinsamen Sprache, Kultur und Wirtschaft die hebräische Nation. Diese Nation ist in Klassen gespalten, die entgegengesetzte Interessen haben. Israel wiederum ist ein kapitalistischer Staat, bestehend aus besonderen Formationen bewaffneter Menschen und zugehörigen Unterdrückungsinstitutionen, d. h. Polizei, Armee, Gefängnisse usw. Dieser Staat dient der israelischen Kapitalistenklasse – einer winzigen Minderheit der hebräischsprachigen Nation –, deren Interessen er nicht nur gegen die Palästinenser durchsetzt, sondern auch gegen die hebräischsprachigen arbeitenden Massen.

Die Massendemonstrationen in den letzten Monaten in Tel Aviv und anderen Städten Israels sind Anzeichen der Unzufriedenheit großer Teile des Kleinbürgertums dieser Klassengesellschaft. Während allgemein „soziale Gerechtigkeit“ gefordert wurde und wird, ist die Protestbewegung

aber nicht entlang von Klassenlinien differenziert und die Arbeiterklasse tritt nicht als selbständige Klasse in Aktion, sondern wird der „nationalen Einheit“ untergeordnet. Von der Führung der Proteste wird die Palästinenserfrage explizit nicht angesprochen, um die „nationale Einheit“ der Pro-



Mohammed Abed/AFP

Phosphorbomben bei israelischen Angriffen auf Gaza 2008/2009.
Unten: Berlin, 11. Januar 2009: Klaus Lederer, Chef der Berliner Linkspartei, solidarisiert sich mit Israels Regierung

BAK Shalom



teste nicht zu gefährden, so dass auch reaktionäre/faschistoide Siedler an den Protesten teilnehmen konnten. Die Frage der Palästinenser ist die zentrale Frage in Israel. Wie Marx schon über England und Irland sagte, wird sich die englische Arbeiterklasse nicht befreien können, ohne für die unterdrückten Iren einzutreten. Ebenso kann die hebräischsprachige Arbeiterklasse Israels sich nicht befreien, ohne gegen die Unterdrückung der Palästinenser durch ihre eigene

**Verteidigt das palästinensische Volk!
Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!**



kein Bildnachweis

Palästinenser 1948 auf der Flucht. Mehr als eine Million Frauen, Männer und Kinder wurden vertrieben und blieben ihr Leben lang Flüchtlinge

Bourgeoisie zu kämpfen.

Das zionistische Projekt, „ein Land ohne Volk für ein Volk ohne Land“ zu erobern, lief in der Realität immer darauf hinaus, ein Volk aus dem Land zu vertreiben und durch ein anderes Volk zu ersetzen. Auf jahrzehntelange Landnahme folgten 1947/48 die Massenvertreibung von Palästinensern und die Gettoisierung der Araber, die im neuen Staat Israel verblieben. Die Eroberung der besetzten Gebiete beflügelte 1967 die Träume von einem „Groß-Israel“ und führte zur weiteren Vertreibung von Palästinensern im Gazastreifen, in Ostjerusalem und in der Westbank.

Als revolutionäre Marxisten und proletarische Internationalisten verteidigen wir das palästinensische Volk gegen den zionistischen Staatsterror. Wir sind unversöhnliche Gegner des chauvinistischen Zionismus, so wie wir Gegner jedes Nationalismus sind. Wir kämpfen darum, den kapitalistischen Staat Israel durch eine hebräisch-arabische Arbeiterrevolution zu stürzen. Dies ist Teil unseres Kampfes, die Mullahs, Scheichs, Obristen und zionistischen Herrscher im Kampf für eine sozialistische Föderation des ganzen Nahen Ostens hinwegzufegen. Dabei ist es ganz zentral, das Proletariat für die Verteidigung der zahllosen unterdrückten nationalen Minderheiten der Region, von den Kurden in Irak, Iran, Syrien und der Türkei bis zu den Palästinensern in Israel, Gaza und der Westbank, dem Libanon, Jordanien usw. zu mobilisieren.

Die ungeheuren Verbrechen des deutschen Imperialismus gegen die jüdische Bevölkerung Europas sind für die Entstehung Israels zentral verantwortlich. Wie wir in „Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus“ (Spartakist Nr. 148, Herbst 2002) schrieben:

„Die deutsche herrschende Klasse lieferte durch die Herrschaft von Hitlers Nazis die soziale Basis für die reaktionäre zionistische Bewegung – durch das systematische Abschachten von sechs Millionen Juden und die Schaffung von Millionen verzweifelten Flüchtlingen, die außer nach Palästina nirgendwo hingehen konnten. Sicherlich tragen die Zionisten, die ‚demokratischen‘ Imperialisten und die Stalinisten alle auf die eine oder andere Art Verantwortung: Die Zionisten kollaborierten mit den Faschisten, die ‚demokratischen‘ Imperialisten verschlossen jüdischen Flüchtlingen ihre Türen, die Stalinisten verrieten die revolutionären und emanzipatorischen Ziele der bolschewistischen Revolution und stimmten in der UNO für die Teilung Palästinas. Aber im

Wesentlichen war es der deutsche Imperialismus, der es der winzigen zionistischen Bewegung ermöglichte, die Fußsoldaten zu bekommen, die sie andernfalls nie hätte bekommen können trotz Jahrzehnten von Bekehrungsarbeit und Kolonisierung. Die Menschen, die schließlich die hebräische Nation wurden, waren *in ihrer Mehrheit keine* ideologischen Zionisten, sondern verzweifelte Menschen, enturzelt aus den Ländern, in denen ihre Vorfahren Jahrhunderte lang gelebt hatten und in denen sie – wie zum Beispiel in Deutschland und Österreich – größtenteils assimiliert waren.“

Aber es waren nicht klassenübergreifend „die Deutschen“ für Hitler verantwortlich, wie die Linksparteiresolution unter Wiederkäufung der nationalistischen Kollektivschuldüge behauptet, sondern die Kapitalistenklasse brachte Hitler an die Macht, um die deutsche Arbeiterklasse zu zerschlagen. Die deutsche Bourgeoisie hat den Holocaust zu verantworten. Die Verteidigung Israels, d. h. der zionistischen Herrscher, und das Verbot der Verteidigung der Palästinenser durch die Linksparteiführung haben absolut nichts mit dem Kampf gegen Antisemitismus zu tun, aber alles damit, die Interessen des bluttriefenden deutschen Imperialismus voranzubringen, für den der israelische Staat ein wichtiger Verbündeter in der Region ist. Die Linksparteiführung will sich damit in den Augen der Bourgeoisie von Auschwitz als „regierungsfähig“ erweisen.

Das Ganze ist dem notwendigen Kampf gegen die herrschende Kapitalistenklasse diametral entgegengesetzt, die Rassismus und Antisemitismus benutzt, um das multiethnische Proletariat zu spalten und die Wut der Massen über die Entbehrungen des Kapitalismus auf Sündenböcke abzulenken, z. B. auf Muslime, Roma, Juden. Wir kämpfen darum, das multiethnische deutsche Proletariat gegen jede Form rassistischer Diskriminierung zu mobilisieren. Letztlich kann nur der Sturz des deutschen Imperialismus durch eine Arbeiterrevolution im Kampf um die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa die Wurzel von Faschismus, Rassismus und Krieg beseitigen.

Unser Verständnis der jüdischen Frage wurde vom belgischen jüdischen Trotzisten Abraham Léon in seinem Buch *Die jüdische Frage – Eine marxistische Darstellung* (Dezember 1942) dargelegt. Léon führte aus, dass die Juden in der feudalen und vorfeudalen Gesellschaft eine spezielle soziale Rolle hatten: als Händler und Geldverleiher. Er nannte sie eine „Volksklasse“. Diese besondere soziale Rolle, das Leben in den Poren der feudalen Gesellschaft, liefert eine materialistische Erklärung für die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes in Europa über Jahrhunderte hinweg mit seiner eigenen Sprache, Kultur und Religion, und für die brutale Unterdrückung dieses Volkes im Kapitalismus. Denn der Aufstieg des Handelskapitalismus in Europa setzte der speziellen Rolle der Juden als Händler ein Ende. Sie wurden in Westeuropa entweder assimiliert oder in den wirtschaftlich rückständigeren Osten abgedrängt. In Osteuropa zerbrach die Feudalordnung Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts zu einer Zeit, als der Kapitalismus schon ins Stadium des Imperialismus getreten und im Verfall begriffen war. Leon erklärte:

„Der Kapitalismus hat mit der sozialen Differenzierung des Judentums, mit seiner wirtschaftlichen Integration und mit der Emigration die Grundlagen für die Lösung der jüdischen Frage geschaffen. Aber er hat sie nicht gelöst. Im Gegenteil, die furchtbare Krise der kapitalistischen Ordnung im 20. Jahrhundert hat die Lage der Juden unerhört verschlechtert. Den aus ihren wirtschaftlichen Positionen im Feudalismus verdrängten Juden ge-

„Der Kapitalismus hat mit der sozialen Differenzierung des Judentums, mit seiner wirtschaftlichen Integration und mit der Emigration die Grundlagen für die Lösung der jüdischen Frage geschaffen. Aber er hat sie nicht gelöst. Im Gegenteil, die furchtbare Krise der kapitalistischen Ordnung im 20. Jahrhundert hat die Lage der Juden unerhört verschlechtert. Den aus ihren wirtschaftlichen Positionen im Feudalismus verdrängten Juden ge-

lang es nicht, sich in die im Auflösungsprozess befindliche kapitalistische Wirtschaft zu integrieren. In seinen Krisenfällen verwirft der Kapitalismus selbst jene jüdischen Elemente, die er sich noch nicht völlig einverleibt hat.

Überall entwickelt sich ein wütender Antisemitismus in den Mittelschichten, die an den kapitalistischen Widersprüchen zugrunde zu gehen drohen. Das Großkapital bedient sich dieses elementaren Antisemitismus des Kleinbürgertums, um die Massen um die Fahne des Rassismus zu mobilisieren.

Die Juden werden zwischen zwei Systemen zerrieben: dem Feudalismus und dem Kapitalismus, von denen jeder den Fäulnisprozess des anderen vorantreibt.“

Deshalb besteht die einzige progressive Lösung der jüdischen Frage, wie auch für die anderen tiefgreifenden Probleme der Menschheit, im Sturz des Kapitalismus durch proletarische Revolution.

„Antideutsche“ – reaktionärer Rammbock der Linksparteiführung

Unmittelbarer Auslöser der antipalästinensischen Parteidisziplinierung war ein Artikel in der *Frankfurter Rundschau* vom 19. Mai, worin behauptet wurde, „dass sich sogar im parlamentarischen Spektrum der bundesdeutschen Linken inzwischen eine Kraft etabliert hat, die antisemitische Positionen in ihren Reihen toleriert“. Der Artikel lobte, dass „der thüringische Landtagsfraktionschef Bodo Ramelow, Bundestagsvize Petra Pau, mehrere Bundestagsabgeordnete und der ‚Bundesarbeitskreis Shalom‘ der Linksjugend ‚Solid‘“ im Gegensatz zu den beiden Linksparteivorsitzenden Klaus Ernst und Gesine Löttsch konsequent „antisemitische Reflexe ihrer Genossen“ brandmarken würden. Der Linksparteiführer Stefan Liebich wird zitiert: „Diejenigen, die in unserer Partei die israelfeindlichen Äußerungen unserer Mitglieder bekämpfen, müssen zahlreicher und lauter werden.“

In ihrem Artikel bezog sich die *FR* auf eine „Studie“, deren Titel „Antisemiten als Koalitionspartner?“ schon klarmachte, dass es darum ging, den auf gute Beziehungen zu SPD und Grünen bedachten rechten Parteiflügel dazu aufzustacheln, jegliche Initiativen von Teilen der Linkspartei zur Solidarität mit den belagerten Palästinensern zu unterdrücken. Die „Studie“ betreibt die verlogene Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus und „belegt“ die Anschuldigung des „antizionistischen Antisemitismus“ gegen die Linksparteilinken mit deren angeblicher „Dämonisierung der Politik Israels“ und ihrer „einseitigen Parteinahme zugunsten der Palästinenser, bis hin zu einer offenen Solidarisierung mit den terroristischen Kräften innerhalb dieses Spektrums“. Letzteres ist ein Ruf nach staatlicher Repression gegen Linke!

Dieser provokative Charakter der „Studie“ ist keine Überraschung. Ihre beiden Verfasser, Sebastian Voigt und Samuel Salzborn, publizieren in verschiedenen „antideutschen“ Postillen wie der *Jungle World*, und Sebastian Voigt ist einer der Begründer des „antideutschen“ „Bundesarbeitskreises Shalom“ (BAK Shalom). Die sogenannten „Antideutschen“ sind reaktionäre rassistische Befürworter des zionistischen Terrors gegen die Palästinenser und haben sich die Zerstörung der Linken zum Ziel gesetzt. Dabei überziehen sie ihre Feinde nicht nur mit Antisemitismusvorwürfen, diese Schläger haben auch immer wieder Linke angegriffen, so mehrfach die Veranstaltungen der Spartakist-Jugend im Sommer 2003. Sie überfielen 2004 auf dem Karneval der Kulturen das Kontingent zur Verteidigung des schwarzen politischen US-Gefangenen in der Todeszelle Mumia Abu-Jamal. Letztes Jahr verhinderten sie, dass Norman Finkelstein eine Veranstaltung in Berlin durchführen konnte.

Seit 1990 pflegt ein Teil der Linkspartei- bzw. damals PDS-Führung gute Beziehungen zu den „antideutschen“

Ex-Linken. Die ehemalige PDS-Führerin Angela Marquardt meldete regelmäßig „antideutsche“ Demonstrationen an, so immer Anfang Februar zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens die Demo des Dresdner Bündnisses „Keine Versöhnung mit Deutschland!“, das das Abschlachten von zehntausenden Zivilisten durch die imperialistischen Alliierten im Zweiten Weltkrieg mit „Selber Schuld – Deutsche TäterInnen sind keine Opfer“ und „Bomber-Harris, do it again!“ feierte. Petra Pau unterstützt auch die von den „Antideutschen“ getragene Kampagne „Stop the Bomb“, die für einen imperialistischen Angriff auf Iran die Trommel rührt.

2003 trat Marquardt aus der PDS aus und 2008 der SPD bei, wo sie heute als rechte Hand der SPD-Führerin Andrea Nahles die „Denkfabrik“ leitet, wo Führer von SPD, Linkspartei und Grünen über künftige Bundeskoalitionen diskutieren. Es ist in diesem Kontext bemerkenswert, dass einige Mitglieder der Linksparteiführung mit dem Übertritt zur SPD drohten, sollte der antipalästinensische Beschluss vom 7. Juni nicht abgestimmt werden. Ivo Bozic, heute einer der Redakteure der *Jungle World* und Autor bei der konservativen Springer-Zeitung *Die Welt*, arbeitete bei Angela Marquardt als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Dies ist nur ein Beispiel von finanzieller Unterstützung und politischer Förderung. So waren Mitglieder des BAK Shalom angestellt beim Linkspartei-MdB und Polizisten Frank Tempel, bei Bodo Ramelow und bei Gesine Löttsch.

Mit dem BAK Shalom haben sich die „Antideutschen“ 2007 offen in der Linkspartei etabliert. Ihre Stellungnahme vom 2. März 2010 sagt alles über diese Reaktionäre:

„Was die Autoren von *Bahamas* und Co. machen, besonders im Hinblick auf die deutsche Linke, ist Kritik in 300%iger Form, die mit Sicherheit nötig ist. Doch der BAK Shalom bewegt sich entgegen der *Bahamas* ... innerhalb eines Jugendverbands einer linkssozialdemokratischen bis sozialistischen Partei, die im Bundestag vertreten ist. Dieses Spannungsverhältnis ... zwingt uns, pragmatische Politik zu machen und Polemik und Radikalkritik anderen Kreisen zu überlassen.“

Die *Bahamas*, das ideologische Flaggschiff der „Antideutschen“, ist ein unverhohlenen rassistisches Hetzblatt. Sie verehrt die italienische antimuslimische Rassistin Oriana Fallaci, zieht rassistisch über muslimische Immigranten her und

Bestellt!

Grundlegende Artikel der SpAD über Zionismus, „Antideutsche“ und deutschen Imperialismus:

„Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus“, *Spartakist* Nr. 148, Herbst 2002

„Antinationale/Antideutsche: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!“, *Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003

„Die Geburt des zionistischen Staates“, *Spartakist* Nr. 159, Sommer 2005

€ 1,50 (inkl. Versand)

Zu beziehen über die Verlagsanschrift



bejubelte 2010 die „English Defense League“ – britische Faschisten (zur EDL siehe „Fascists Feed on Labour Government Racism“, *Workers Hammer* Nr. 209, Winter 2009/10). Bahamas und BAK Shalom betreiben eine Arbeitsteilung bei der Verfolgung des gleichen reaktionären Zieles: die Zerstörung der Linken.

Wie kommt es, dass sich solche Typen in der Linkspartei tummeln können? Im *Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003, schrieben wir in unserem Exposé „Antinationale/Antideutsche“:



Berlin, 11. Januar 2009: Spartakisten auf 3L-Demo entlarven Linksparteiführer Lederer, der am anderen Ende der Stadt Israel hochjubelt, das gerade die Palästinenser massakriert

Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung“:

„Da die PDS den Kapitalismus mitverwaltet, greift sie die sozialen Errungenschaften der arbeitenden Bevölkerung massiv an und führt den rassistischen Staatsterror mit durch. Man denke nur an die Rasterfahndung und die über 30 Selbstmordversuche der verzweiferten Insassen des SPD/PDS-verwalteten Abschiebeknast in Berlin-Köpenick. Das richtet sich direkt gegen die Interessen auch ihrer eigenen Basis in der Arbeiterklasse. Mit einer zunehmend unzufriedenen Arbeiterklasse verschärfen die SPD- und PDS-geführten kapitalistischen Regierungen den Staatsterror gegen die Linke, die sie als potenzielle Bedrohung sehen. Und dieses dreckige Geschäft zieht Abschaum wie die ‚Antinationalen‘ an, die sich ja als Schläger gegen die Linke in Deutschland anbieten.“

Als Teil einer Bundesregierung müsste die Linkspartei aber auch außenpolitisch die Klasseninteressen der deutschen Bourgeoisie vertreten, sie wäre dann Teil des politischen Generalstabs des deutschen Imperialismus und seiner Bundeswehr. Genau deshalb hatte Gysi in seiner Rede zum 60. Jahrestag der Gründung Israels am 14. April 2008 bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung dazu aufgerufen, dass sich die Linkspartei zur „Solidarität mit Israel“ bekennen müsse. Nur einen Monat zuvor hatte Bundeskanzlerin Angela Merkel erklärt, „Israels Existenzrecht sei Deutschlands Staatsräson“. Darauf Bezug nehmend dozierte Gysi, die Linkspartei müsse ernsthaft diskutieren, wo „die Staatsräson ... hingenommen werden muss ... damit wirklich klar wird, was es für uns tatsächlich bedeutete, etwa in einer Bundesregierung mitzuwirken“.

Verteidigt das palästinensische Volk!

Was „Solidarität mit Israel“ bedeutet, zeigt ein Blick auf Westjordanland und Gaza. Das Westjordanland ist durch eine Gettomauer abgetrennt und zudem zerstückelt durch militärische Kontrollposten und vom israelischen Militär kontrollierte Straßen, die nur von Juden benutzt werden dürfen. Inzwischen gibt es 350 000 schwer bewaffnete israeli-

sche Siedler im Westjordanland. Über den Gazastreifen wurde von Israel 2001 als Kollektivbestrafung für die zweite Intifada eine Wirtschaftsblockade verhängt, die 2007 aufgrund der Wahl der Hamas noch verschärft wurde. Die Auswirkungen sind mörderisch. Die Arbeitslosigkeit ist in Gaza von 14,5 Prozent im Jahr 2000 auf heute 45 Prozent gestiegen. Drei Viertel der Einwohner sind auf UN-Hilfsrationen angewiesen, das Trinkwasser ist größtenteils verseucht und über die Hälfte aller Haushalte leidet an Unterernährung. Kran-

ke sterben in Gaza nur wenige Kilometer von Krankenhäusern in Israel oder dem Westjordanland entfernt, die sie versorgen könnten – 40 Prozent der Anträge auf eine medizinische Behandlung außerhalb Gazas werden von den israelischen Behörden abgelehnt und bei den restlichen kommt die Genehmigung nicht selten zu spät.

Gegen diese unmenschlichen Bedingungen protestierte letztes Jahr die Gaza-Hilfsflotte, an der sich die zwei Linkspartei-Bundestagsabgeordneten Annette Groth und Inge Höger sowie der ehemalige MdB Norman Paech beteiligten. Sie versuchte die mörderische Wirtschaftsblockade zu durchbrechen und 10 000 Tonnen Hilfsgüter dorthin zu bringen. Dabei wurden am 31. Mai 2010 neun Teilnehmer der Gaza-Hilfsflotte auf der „Mavi Marmara“ ermordet, über 48 verletzt, als das israelische Militär die Flotte überfiel. International gingen Tausende auf die Straße, um gegen das zionistische Blutbad zu protestieren. Die SpAD, die Spartacist League/U.S. und andere Sektionen der Internationalen Kommunistischen

Liga beteiligten sich an den Protesten und forderten: *Nieder mit der Hungerblockade des Gazastreifens! Verteidigt das palästinensische Volk! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten, einschließlich Ostjerusalem!*

Ende 2008, Anfang 2009 schlachtete Israel 1400 Palästinenser im Gazastreifen ab (fast 1000 Zivilisten, darunter über 300 Kinder) und verwundete über 5000. Tagelang bombardierte es rund um die Uhr diesen kleinen, 40 Kilometer langen und wenige Kilometer breiten Flecken Erde in Grund und Boden. Dabei setzte es in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Erde, auf dem 1,5 Millionen Palästinenser zusammengepfercht dahingevegetieren, Phosphorbomben und Pfeilgranaten („Flechettes“), die wie Splitterbomben wirken, ein. Anschließend rollte die israelische Armee mit ihren schweren Panzern und 10 000 Mann in den rauchenden Schutthaufen ein. Während der eine Teil der Linkspartei „Nein zu Israels Krieg und zur Bombardierung Gazas!“ erklärte, hielt der Berliner Linksparteivorsitzende Klaus Lederer am 11. Januar 2009 eine Rede auf der Kundgebung „Solidarität mit Israel“, die das Massaker an den Palästinensern unterstützte.

Das wirft die Frage auf, was diese Partei zusammenhält. Ganz grundsätzlich teilt der propalästinensische Flügel um Wolfgang Gehrcke, Norman Paech usw. und auch marx21, Anhänger des verstorbenen Tony Cliff, die Perspektive der Beteiligung an einer linken parlamentarischen, d. h. kapitalistischen Regierung. Bei Gehrcke und Paech muss das nicht weiter belegt oder begründet werden, zahllos sind ihre Ratschläge an den deutschen Imperialismus, wie er eine bessere, humanitäre Politik verfolgen könnte. Was marx21 angeht, so rechtfertigten ihre beiden Unterstützerinnen in der Bundestagsfraktion, Nicole Gohlke und Christine Buchholz, in einem Brief (*junge Welt*, 16. Juni) ihre Nichtabstimmung am 7. Juni, wodurch der Beschluss einstimmig gefasst werden konnte, wie folgt: „Für uns ist weiterhin richtig, dass die Linke die einzige Partei ist, die sich konsequent gegen Kapitalismus und Krieg stellt und so eine im internationalen Maßstab einmalige Rolle spielt. Der Preis, dieses Projekt an die Wand zu

fahren, ist sehr hoch.“ Wie kann eine Partei, die den Kapitalismus schon jetzt verwaltet, „antikapitalistisch“ sein? Und was hat eine „Solidarität mit Israel“, einem kapitalistischen Staat, der das palästinensische Volk blutig unterdrückt, mit Internationalismus gemein? Hier werden massive Illusionen in die sozialdemokratische Linkspartei geschürt.

Solid Hamburg – linker Reformismus

Linker als marx21 tritt der Hamburger Landesverband von Solid auf, der bei der Linkspartei Anträge gegen Regierungsbeteiligungen einbrachte – und verlor:

„Der Beschluss der Bundestagsfraktion ist eine Kapitulation vor den Regierungsambitionen der Parteirechten – nach der Sudan-Abstimmung und der üblichen Realpolitik in Berlin und Brandenburg der erste gravierende Schritt auf dem Wege, die deutsche Staatsräson zur Matrix der LINKEN zu machen. Für uns ist damit ein Punkt erreicht, an dem das Projekt DIE LINKE selbst zur Disposition gestellt worden ist. Wir, für unseren Teil, werden die Beschlüsse des Partei- und Fraktionsvorstandes nicht akzeptieren. Wir wollen linke Opposition, nicht sozialdemokratischen Opportunismus.“ (13. Juni)

Doch auch die Perspektive der „linken Opposition“ ist auf den Rahmen des Kapitalismus beschränkt, innerhalb dessen man gegen Verschlimmerungen usw. kämpft. Das wird von folgenden Ausführungen der Hamburger Solid-Sprecherin Christin Bernhold zur Perspektive von Solid unterstrichen, die über die „punktuellen“ Bündnisse mit den außerparlamentarischen Gruppen hinaus „auch mittel- und langfristig eine gesellschaftliche Kraft“ formieren will, die „diesem enormen Angriff selbst auf die bürgerlichen Errungenschaften der Geschichte Widerstand leistet. Das eint uns als Linksjugend und wie ich glaube auch die Partei Die Linke mit weiten Teilen des nicht-„antideutschen“ Lagers der außerparlamentarischen Opposition“ (*schattenblick.de*, 25. Januar).

Statt einer „breiten Kraft“, die auf einem oppositionellen Minimalkonsens beruht und sich daher zwangsläufig auf den bürgerlichen Rahmen beschränkt, ist es notwendig, eine revolutionäre Avantgardepartei aufzubauen, in der die politisch fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse und revolutionäre Intellektuelle darum kämpfen, die Arbeiterklasse für den Sturz des Kapitalismus zu mobilisieren. Wie Lenin 1917 in *Staat und Revolution* gegen den linken Theoretiker des Opportunismus, Karl Kautsky, ausführte:

„Kautsky wird die angenehme Gesellschaft der [rechten sozialdemokratischen Opportunisten] Legien, David, Plechanow, Potressow, Zereteli und Tschernow teilen müssen, die alle durchaus bereit sind, für eine ‚Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt‘, für die ‚Gewinnung der Mehrheit im Parlament und die Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung‘ zu kämpfen – ein hochedles Ziel, an dem für die Opportunisten alles akzeptabel ist, bei dem alles im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Republik bleibt.

Wir aber werden mit den Opportunisten endgültig brechen; und das ganze klassenbewusste Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine ‚Verschiebung der Machtverhältnisse‘, sondern um den *Sturz der Bourgeoisie*, um die *Zerstörung* des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typ der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“

Die russischen Bolschewiki spalteten 1903 von den Opportunisten, den Menschewiki, und waren dadurch in der

Lage, die Oktoberrevolution von 1917 zum Sieg zu führen. Sozialdemokratische Parteien wie SPD und Linkspartei wurden von Lenin als „bürgerliche Arbeiterparteien“ bezeichnet, denn sie haben zwar eine Basis in der Arbeiterklasse, aber ein bürgerliches Programm. Wir müssen eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufbauen, die darum kämpft, die Arbeiterbasis von SPD und Linkspartei wegzubrechen, um damit den Weg zur proletarischen Revolution zu bahnen. Die Illusionen, die die Linksparteilinke schürt,



Beirut 1982, Tausende Palästinenser in Flüchtlingslagern Sabra und Schatila ermordet von christlichen Falangisten, Verbündete der israelischen Armee

sind dafür ein Hindernis.

Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen Terror“

Am 25. Mai wurde eine aktuelle Stunde im Bundestag einberufen, wo von CDU bis SPD und Grünen auf die Linksparteiführung eingedroschen wurde, sie solle entschlossen gegen die „antisemitischen“ Positionen in ihren Reihen vorgehen. Was für ein abstoßendes Possenspiel. Die gleichen Parteien, die sich als Kämpfer gegen Antisemitismus aufspielten, betreiben seit Jahren den „Krieg gegen den Terror“, der durch Rasterfahndung, Razzien, Sicherheitsüberprüfungen usw. gegen die Bevölkerung mit muslimischem Hintergrund zielt und Rassismus gegen sie schürt. Dem renommierten Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) und seinem damaligen Leiter Prof. Wolfgang Benz schlug eine Welle des Hasses und der Diffamierung in den bürgerlichen Medien entgegen, als sie vor der zunehmenden Muslimfeindlichkeit warnten:

„Die Parallelen zu Antisemitismus und Judenfeindschaft sind unverkennbar: Mit Stereotypen und Konstrukten, die als Instrumentarium des Antisemitismus geläufig sind, wird Stimmung gegen Muslime erzeugt. Dazu gehören Verschwörungsfantasien ebenso wie vermeintliche Grundsätze und Gebote der Religion, die mit mehr Eifer als Sachkenntnis behauptet werden. Die Wut der neuen Muslimfeinde gleicht dem alten Zorn der Antisemiten gegen die Juden.“ (17. Jahrbuch des ZfA, 2008)

Stattdessen wurden kurz darauf die „Thesen“ von Thilo Sarrazin, in denen er beispielsweise die miese Bildung und Armut unter muslimischen Immigranten auf ihre Gene zurückführte, ungeniert und wohlwollend debattiert, als ob das Dritte Reich nicht gezeigt hätte, wohin solcherart „Rassentheorien“ führen. Im Gegenteil: Sarrazins Mitgliedschaft wurde in der SPD bestätigt, die gleichzeitig ihre Unterstützer muslimischen Hintergrunds mit ein paar Quoten für Führungsgremien beschwichtigen wollte.

Wie gefährlich die rassistische antimuslimische Hetze ist, die von Sarrazin, dem ehemals liberalen nun zum reaktionären *Spiegel*-Kolumnisten gewandelten Henryk M. Broder und vielen anderen betrieben wird, wurde am 22. Juli in Norwegen deutlich. Der Faschist und Islamhasser Anders Breivik zündete in Oslos Regierungsviertel eine Bombe und überfiel anschließend das Zeltlager der Jugend der sozialdemokratischen Arbeiterpartei auf der Insel Utoya. In einer Orgie nationalistischen Hasses ermordete er kaltblütig 77 Menschen, die meisten waren Jugendliche. Breivik hat in seinem ideologischen Machwerk, mit dem er das Massaker rechtfertigte, auch Broder zustimmend zitiert. Die bürgerliche Presse stellt Breivik als einen Einzeltäter dar, tatsächlich aber kommt der rassistische nationalistische Hass, der Breivik antreibt, aus der kapitalistischen Gesellschaft und wird durch staatliche Unterdrückung und rassistische Kampagnen der bürgerlichen Medien geschürt.

Um die Faschisten zu stoppen, ist die vom bürgerlichen Staat unabhängige Mobilisierung aller potenziellen Opfer des faschistischen Terrors unter der Führung der Arbeiterklasse notwendig. Die Arbeiterbewegung muss mit den Mitteln des Klassenkampfes gegen jede Art von Fremdenhass kämpfen und braucht eine leninistische Partei, die der Volkstribun aller Unterdrückten ist. Dies ist völlig entgegengesetzt zum Appell an die nationale Einheit, den die Kommunistische Partei Norwegens an die sozialdemokratische Regierung Norwegens richtete. In deren Erklärung vom 24. Juli heißt es: „Es ist wichtig, dass die Bevölkerung Norwegens zusammensteht, um diesem Trauma durch mehr Offenheit und Demokratie zu begegnen“ (*unsere zeit*, 29. Juli). Die bürgerliche „Demokratie“ ist, wie Marx erklärte, eine Form der Diktatur der Bourgeoisie und kann nicht die Faschisten bekämpfen. Auch die norwegische Bourgeoisie deckt die Faschisten und hält sie als bewaffnete Reserve gegen die Arbeiterbewegung bereit.

Bundesrepublik Deutschland – Nachfolgestaat des Dritten Reichs

Die Rede der Linksparteisprecherin Luc Jochimsen bei der aktuellen Stunde im Bundestag spricht Bände über die Loyalität der Linkspartei gegenüber der deutschen bürgerlichen Demokratie: „Ich könnte es Ihnen jetzt einfach machen und sagen, dass es eine Unverschämtheit ist, dass ausgerechnet die CDU von Globke, Filbinger, Kiesinger und Oettinger und die FDP von Mende und Möllemann uns antisemitische und israelfeindliche Positionen vorwerfen... Es gibt in unserer Gesellschaft Antisemiten ... Dies, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist unser gemeinsames Problem.“ Die Linkspartei will hier nicht aussprechen, was ist. Dieser kapitalistische Staat ist der Nachfolgestaat des Dritten Reichs. Seine Kontinuität erstreckt sich sowohl auf die Klasse, der er dient – d. h. die deutsche Bourgeoisie –, als auch auf das Personal, aus dem er wieder aufgebaut wurde. Und genau diesen Staat will die Linkspartei mitverwalten.

Es war die Rote Armee, die heldenhaft unter unsäglichen Opfern Europa von der Nazierrschaft befreite. Nach 1945 wurde mit dem Einsetzen des Kalten Krieges gegen die Sowjetunion Westdeutschland als antikommunistisches Bollwerk wieder aufgebaut. In Ostdeutschland dagegen wurde der bürokratisch deformierte Arbeiterstaat DDR errichtet. Die Bourgeoisie wurde in der DDR als Klasse enteignet und kollektivierte Eigentumsformen wurden geschaffen. Damit wurde die Wurzel des Faschismus, der Kapitalismus, beseitigt. Es reflektiert die unterschiedliche Klassenbasis der beiden deutschen Staaten, dass in Ostdeutschland die ehemaligen KZ-Häftlinge den Staat wieder aufbauten, während im kapitalistischen Westdeutschland die alten Nazis wieder zu Amt und Ehren kamen und 1956 die KPD verboten.

Während die SPD als politische Polizei innerhalb der

Arbeiterklasse fungierte, bildeten Nazis das Rückgrat für den Wiederaufbau des westdeutschen kapitalistischen Staates von der Bundeswehr über Polizei, das BKA und den BND bis hin zu den Gerichten. Hans Globke war im Dritten Reich zentral an der Ausarbeitung der berüchtigten Nürnberger Rassegesetze beteiligt und verfasste den entscheidenden Kommentar dazu. Die Erfassung der jüdischen Bevölkerung schuf die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für den 1941 anlaufenden Holocaust. Unter Bundeskanzler Adenauer stieg Globke Anfang der 1950er-Jahre zum Staatssekretär im Bundeskanzleramt auf, dem höchsten und mächtigsten Beamtenposten der Bundesrepublik. Die DDR verurteilte ihn in Abwesenheit 1963 als Judenmörder und Nazikriegsverbrecher zu lebenslanger Haft.

Kiesinger, Bundeskanzler von 1966 bis 1969, war Mitglied in der NSDAP ebenso wie Hans Filbinger, der in den 60er- und 70er-Jahren Ministerpräsident von Baden-Württemberg und stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU war. Filbinger fällte als Marinerichter Todesurteile, von denen mindestens eines, das er gegen den Matrosen Walter Gröger aufgrund von Desertion verhängte, noch am 16. März 1945 vollstreckt wurde. 1,5 Millionen Soldaten wurden von der NS-Militärjustiz verurteilt, von den 30000 zum Tode verurteilten Soldaten wurden 23000 hingerichtet. Direkt nach der Wiedervereinigung zerrte die westdeutsche Justiz Ende 1990 Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein vor Gericht wegen der Tötung des für 178 Todesurteile verantwortlichen Nazi-Blutrichters Erich Kallmerten 1947 in einem sowjetischen Kriegsgefangenenlager. Gerhard Bögelein wurde zu lebenslanger Haft verurteilt und starb an den Folgen von Haft und Verurteilung am 9. März 1993.

Linksparteilinke schürt Kollektivschuldlüge ...

Das 2009 veröffentlichte Buch von Wolfgang Gehrcke, Jutta von Freyberg und Harri Grünberg *Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt* wurde als Antwort auf die prozionistische Offensive geschrieben, die mit Gysis Rede zum 60. Jahrestag der Gründung Israels gestartet worden war. Hier wird die gleiche Weißwaschung der deutschen Bourgeoisie mittels der Kollektivschuldlüge betrieben, wie wir sie auch beim rechten Parteiflügel finden:

„In die Vorbereitung, Durchführung und Rechtfertigung der NS-Vernichtungspolitik waren in Deutschland Millionen Menschen auf allen Ebenen der Gesellschaft einbezogen... Selbst die Bahnarbeiter, die die Weichen für die Züge nach Auschwitz stellten, haben ihren Beitrag zum Funktionieren des Holocausts geleistet... In keinem anderen faschistischen Land war die Vernichtung der Juden ein systematisch verfolgtes und industriell betriebenes Ziel der Regierungspolitik gewesen. Und nirgendwo sonst außer in Deutschland konnte eine faschistische Regierung auf millionenfache Unterstützung für ihre Politik der Auslöschung des jüdischen Volkes bauen.“

Gehrcke spricht hier von „millionenfacher Unterstützung“ für die „Politik der Auslöschung des jüdischen Volkes“. Dabei wählt er das Beispiel der Bahnarbeiter, um das deutsche Proletariat mit den SS-Mördern gleichzusetzen. In Wirklichkeit konnten die Nazis den Holocaust erst durchführen, *nachdem* sie alle Arbeiterorganisationen zerschlagen hatten. In der Illegalität leisteten Eisenbahner Widerstand, so wie tausende andere Proletarier auch. Aber die Deportationszüge nach Auschwitz konnten nur durch die Zerschlagung des Faschismus gestoppt werden. Und wenn alle die Nazis unterstützt hätten, warum dann der Terror? Und warum wurde die 1942 auf der Wannseekonferenz beschlossene „Endlösung der Judenfrage“ von den Nazis im Geheimen durchgeführt? Warum musste die NS-Militärjustiz gegen Millionen Wehrmachtssoldaten – für Marxisten Arbeiter in Uniform – wüten?

Das Ganze ist ein ekelhaftes Wiederkäuen des liberalen Unsinnns von Daniel Goldhagen, der 1996 anhand eines Polizei-Batallions – d. h. den Berufsstreikbrechern des Kapitals – nachweisen wollte, dass Millionen „gewöhnlicher Deutscher“ für den Holocaust verantwortlich zeichnen (siehe *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998). In dem 270 Seiten umfassenden Buch von Gehrcke, das auch ein Kapitel über die Arbeiterbewegung bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges enthält, findet sich nicht ein Wort darüber, dass die deutsche Arbeiterklasse gegen Hitler kämpfen wollte, aber von ihren SPD- und KPD-Führungen verraten wurde, die kampflos vor Hitler kapitulierten. Auch das soll durch die Kollektivschuldflüge vertuscht werden.



Pathfinder Press



Spartakist

... und Illusionen in die UNO

Die Linie des Buches *Die deutsche Linke ... zu Israel* wird wie folgt auf den Punkt gebracht:

„Nach dem Holocaust hätte die Linke verstehen müssen, dass der Zionismus mit seinem konkreten Ziel der territorialen Eigenständigkeit eine angemessene Antwort auf das fundamentale Bedürfnis des über Jahrhunderte verfolgten jüdischen Volkes nach Sicherheit war. Die Alternative, ein binationaler Staat des brüderlichen Zusammenlebens von Juden und Palästinensern, war – und ist leider bis heute – eine schöne, realitätsferne Utopie.“

Das ist eine glatte Kapitulation vor dem Zionismus: Die Zionisten haben es geschafft, mit ihrem blutigen Terror gegen die Palästinenser den Hass von über hundert Millionen Arabern in der Region auf die nicht einmal sechs Millionen zählende jüdische Bevölkerung in diesem kleinen Land zu ziehen. Die Zionisten rechtfertigen ihre blutige Unterdrückung der Palästinenser ja gerade damit, Israel „sichern“ zu müssen! In Wirklichkeit hat sich leider bewahrt, wovor die Marxisten von Anfang an warnten: Geschaffen wurde ein gewaltiges Getto, das von der Unterstützung durch die Imperialisten abhängig ist und dessen zionistische Herrscher atomar bewaffnet sind. Was hat diese Todesfalle mit „Sicherheit“ zu tun?

In dem Zusammenhang ist es auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass Gehrckes Buch ein zentrales schmutziges Kapitel in der Geschichte des Zionismus einfach schweigend übergeht: die Kollaboration der Zionisten mit Hitler im Namen „gemeinsamer Interessen“, d. h. Hitler wollte die Juden aus Deutschland raus haben und das wollten die Zionisten auch. In „Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus“ (*Spartakist* Nr. 148, Herbst 2002) beschrieben wir, wie die Führer der zionistischen Bewegung alle darin übereinstimmten, dass es für jüdische Flüchtlinge besser sei, zu sterben, als in irgendein anderes Land als Palästina zu kommen:

„Ben Gurion erklärte einmal: ‚Wenn ich wüsste, daß es durch Transporte nach England möglich wäre, alle [jüdischen] Kinder aus Deutschland zu retten, durch Transporte nach Palästina aber nur die Hälfte von ihnen gerettet werden könnte, würde ich mich für letzteres entscheiden.‘ ... Von 1933 bis 1945 haben die USA nur 132 000 jüdische Flüchtlinge aufgenommen, Britannien einige Zehntausend. Die damals trotzkistische Socialist Workers Party führte gegen die US-Regierung Kampagnen für die Aufnahme der vor den Nazis Flüchtenden durch. Die bürgerlichen jüdischen Organisationen unter-

New York 1938: Trotzlisten demonstrieren für Einreise von Nazi-Opfern in den USA. Rechts: Berlin, 1990: Spartakisten demonstrieren gegen Einwanderungsverbot gegen Juden aus Sowjetunion

stützten die US-Regierung dabei, die jüdischen Flüchtlinge draußen zu halten.“

Das Programm von Wolfgang Gehrcke und Norman Paech besteht in Appellen an die UNO, was einfach bestätigt, dass der von ihnen erträumte „binationale Staat des brüderlichen Zusammenlebens von Juden und Palästinensern“ ein kapitalistischer Staat sein soll. Das Buch ist voll von Appellen wie „Die UNO muss aus dem Abseits heraustreten“ und „Der Weltsicherheitsrat muss dem Völkerrecht Geltung verschaffen“. Entsprechend erklärte Gehrcke am 21. September: „Die Linke will, dass Deutschland in der UNO dafür stimmt, dass Palästina als Vollmitglied aufgenommen wird.“ So könnten angeblich „zwei Staaten auf der Grundlage der Grenze von 1967, Ostjerusalem als Hauptstadt des palästinensischen Staates und eine gerechte, einvernehmliche Lösung der Flüchtlingsfrage“ erreicht werden.

Tatsächlich ist der Appell an die UNO nur ein Appell an die „demokratischen“ Imperialisten, die die UNO dominieren, d. h. vor allem an den US-Imperialismus. Das Gleiche gilt für Appelle an die OSZE bzw. EU, die vom deutschen Imperialismus dominiert werden. Und so war die UNO der Pate bei der Gründung Israels und der damit einhergehenden Vertreibung der Palästinenser. 1982 massakrierten mit Israel verbündete Falange-Milizen in den Palästinenser-Lagern Sabra und Schatila im Libanon 2000 Palästinenser dank der UNO, die zuvor die PLO entwapfen hatte. Erinert euch an Sabra und Schatila – kein Vertrauen in die UNO!

marx21 appelliert an islamischen Fundamentalismus

In „Zur Nahost-Erklärung der Linksfraction“ vom 17. Juni unterstützt marx21 den Appell der Linkspartei an den deutschen Imperialismus, sich für die Anerkennung Palästinas in der UNO einzusetzen. Sie fügen hinzu: „Es zeichnet sich überdeutlich ab, dass die israelische Regierung den Palästinenserstaat nicht anerkennen beziehungsweise seine Grenzen völlig ignorieren wird. Genau hier werden die praktischen Beschränkungen der ‚Zwei-Staaten-Lösung‘ deutlich werden. Vor diesem Hintergrund ist eine Debatte um einen multiethnischen und säkularen Staat legitim – wie sie mittlerweile aufgrund der Zersiedelung auch immer mehr Akteure in der Friedensbewegung führen.“ Das Gan-

ze ist auf den Rahmen des Kapitalismus beschränkt, und ein gemeinsames kapitalistisches Palästina, in dem die Juden eine nationale Minderheit wären, würde die nationale Unterdrückung umkehren.

Was das „Säkulare“ angeht, so ist es bei marx21 auch dabei nicht weit her, denn sie laufen dem islamischen Fundamentalismus hinterher. So preisen sie in Ägypten die reformistischen Revolutionären Sozialisten (RS) an, die selbstmörderische Illusionen in die fundamentalistische Muslimbruderschaft schüren, die sie als „antiimperialistisch“ beschönigen und mit denen sie seit Jahren Bündnisse eingehen. Wie wir in „Pandering to Reactionary Muslim Brotherhood – Cliffites on Egypt“ [Cliff-Anhänger zu Ägypten: Appelle an die reaktionäre Muslimbruderschaft] (*Workers Vanguard* Nr. 974, 18. Februar) schrieben:

„Niemand sollte sich vom Gerede der Bruderschaft über ihren Kampf gegen ‚alle Formen der Ungerechtigkeit, Tyrannei, Autokratie und Diktatur‘ (*Guardian*, 8. Februar) täuschen lassen. Die Bruderschaft bedeutet eine tödliche Gefahr für die Arbeiterklasse, die christliche koptische Minderheit, für alle säkularen Kräfte sowie für Schwule und vor allem die grausam unterdrückten Frauen Ägyptens.

Die RS sind so von diesen Reaktionären fasziniert, dass sie auf ihrer Website eine Erklärung der Bruderschaft vom 5. Februar komplett mit dem Bruderschaftssymbol der zwei gekreuzten Schwerter veröffentlichten. Die RS jubeln heute die antisemitische Reaktion in Ägypten hoch, was uns an den kriminellen Verrat der opportunistischen Linken weltweit beim Aufstand 1978/79 im Iran erinnert, als diese Gruppen die von Ajatollah Chomeini geführten Mullahs unterstützten. Die Kapitulation vor islamischen Kräften oder irgendeiner anderen Form der religiösen Reaktion ist dem säkularen Humanismus entgegengesetzt, ganz zu schweigen von den Freiheitsidealen des Sozialismus.“

Eine Stärkung des islamischen Fundamentalismus wird in Israel wiederum zu einem noch stärkeren Einfluss des Zionismus auf die hebräische Arbeiterklasse führen und ist

auch dadurch dem notwendigen Kampf für Arbeiterrevolution in Israel entgegengesetzt.

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Israel/Palästina ist ein Paradebeispiel für die völkermörderische Logik des bürgerlichen Nationalismus, besonders im Hinblick auf die Auswirkungen auf diese Völker, die geografisch vermischt sind. Wie wir in „Die Geburt des zionistischen Staates“ (*Spartakist* Nr. 159, Sommer 2005) ausführten:

„Es war klar, dass die Schaffung eines unabhängigen Nationalstaates in Palästina, ob durch palästinensische Araber oder Juden, nur auf Kosten der jeweils anderen Nation geschehen würde. Wenn nationale Bevölkerungen geografisch vermischt sind, wie in Palästina, kann ein unabhängiger Nationalstaat nur durch ihre gewaltsame Trennung geschaffen werden (Zwangsumsiedlungen usw.). So wird das demokratische Recht auf Selbstbestimmung abstrakt, da es nur dadurch ausgeübt werden kann, dass die stärkere nationale Gruppierung die schwächere vertreibt oder zerstört.

In solchen Fällen besteht die einzige Möglichkeit einer demokratischen Lösung in einer sozialen Transformation.“

Die nationale Befreiung des palästinensischen Volkes – einschließlich des Rechts aller Flüchtlinge und ihrer Nachkommen, in ihre Heimat zurückzukehren – erfordert also notwendigerweise Arbeiterrevolutionen, die den zionistischen Staat von innen zerschmettern und die benachbarten herrschenden Kapitalistenklassen in Syrien, Jordanien und im Libanon wegfegen, die selbst über beträchtliche palästinensische Bevölkerungsteile herrschen. Die nationalen Rechte sowohl des palästinensisch-arabischen als auch des hebräischsprachigen Volkes – ebenso die der Kurden und unzähliger anderer – werden allein im Rahmen einer Sozialistischen Föderation des Nahen Ostens gesichert sein. Dafür ist es notwendig, im Nahen Osten trotzkistische Parteien als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale aufzubauen.■

Die Krise...

Fortsetzung von Seite 2

konnten, um den Betrug aufrechtzuerhalten, dass sie ‚Freunde‘ des kleinen Mannes seien. Und sogar darüber gaben sie klein bei.“ (*Workers Vanguard* Nr. 985, 2. September 2011)

Wir brauchen eine ganz neue herrschende Klasse – die Arbeiter!

Am 14. August bemerkte der Wirtschaftsredakteur des *Guardian* Larry Elliott in der Online-Ausgabe:

„Die globalen Ungleichgewichte, das manisch-depressive Verhalten der Aktienmärkte, die Käuflichkeit des Finanzsektors, der wachsende Graben zwischen Arm und Reich, die hohe Arbeitslosenrate, die blanke Konsumorientiertheit und die Aufstände zusammengenommen sagen uns etwas. Dieses System ist in tiefen Schwierigkeiten und es wartet nur darauf, zu explodieren.“

So ist es. Das *Kommunistische Manifest*, vor über 150 Jahren von Karl Marx und Friedrich Engels geschrieben, benannte die wesentlichen Widersprüche des kapitalistischen Systems, die die Grundlage der Wirtschaftskrise sind. Auf der einen Seite ist die Produktion unter dem Kapitalismus vergesellschaftet. Aber die Produktionsmittel bleiben das Eigentum einiger weniger, die sich den Reichtum, der durch die kollektive Arbeit der Arbeiter produziert wird, aneignen.

Die Zyklen von Aufschwung und Krise sind direkte Produkte des kapitalistischen Systems der Produktion für Profit. Kapitalisten investieren in die Ausweitung der Produktionskapazitäten mit der Erwartung, dass die zusätzlich produzierten Waren – Autos, Häuser usw. – wenigstens zu der aktuellen Profitrate verkauft werden können. Während der Perioden des Aufschwungs tendiert die Profitrate jedoch dazu, zu fallen. Diese Situation bringt irgendwann eine Überproduktionskrise hervor, wenn die Kapitalisten mehr Güter und Dienstleistungen produzieren, als sie zu einer zufriedenstellenden Profitrate verkaufen können. Deshalb gibt es das sich wiederholende Drama, dass Massen von Arbeitern ihre Arbeit verlieren und in Armut geworfen werden, weil *zuviel* produziert wurde. Marx und Engels beschrieben es wie folgt im *Kommunistischen Manifest*:

„Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt... Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte.“

Marx und Engels unterstrichen, dass der Aufstieg des Kapitalismus und die Zerstörung der Feudalgesellschaft

einen historischen Fortschritt in der Entwicklung der Produktivkräfte – Wissenschaft, Industrie und Technologie – darstellten. Doch der Kapitalismus wurde auch zur Fessel der weiteren Entwicklung dieser Produktivkräfte. Aus der Not und der Verwüstung, die die kapitalistischen Krisen notwendigerweise produzieren, wurden die Produktionsmittel von immer weniger und größeren Konzernen monopolisiert. Ihr immer weiter steigender Bedarf an Investmentfonds und anderer Finanzierung führte zur Dominanz des Finanzkapitals, das heißt der Großbanken.

Im späten 19. Jahrhundert ging der Kapitalismus in sein letztes Stadium über, den Imperialismus. Die Kapitalisten der entwickelten Industrieländer begannen also Kriege zu führen, um die Welt neu aufzuteilen, damit sie neue Märkte ausplündern und ihre Ausbeutung der weniger entwickelten Länder sicherstellen können. In ihrem Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft in der Welt überzogen die imperialistischen Mächte die Völker aller Länder mit den barbarischen Weltkriegen und führten auch noch zahllose Kriege gegen die kolonialen und halbkolonialen Länder.

Die völlige Unvernunft des Kapitalismus erreichte neue Tiefpunkte in der Epoche des Imperialismus. Während Industriekapitalisten sich weiterhin auf die Produktion von Handelsgütern (Waren) konzentrierten, erreichten die Machenschaften der gigantischen Finanzinstitute ein bis dahin noch nie dagewesenes Ausmaß. So erklärte der revolutionäre marxistische Führer W.I. Lenin 1916 in seinem Buch *Imperialismus, das höchste Stadium des Kapitalismus*,

„dass die Warenproduktion, obwohl sie nach wie vor ‚herrscht‘ und als Grundlage der gesamten Wirtschaft gilt, in Wirklichkeit bereits untergraben ist und die Hauptprofite den ‚Genies‘ der Finanzmachenschaften zufallen. Diesen Machenschaften und Schwindeleien liegt die Vergesellschaftung der Produktion zugrunde, aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den – Spekulanten zugute.“

Der einzige Weg aus der Misere der Herrschaft der Kapitalisten ist eine Reihe von Arbeiterrevolutionen im Weltmaßstab, die die Herrschaft der Kapitalisten stürzen und durch eine riesige Ausweitung der Produktivkräfte die Grundlage für eine egalitäre sozialistische Gesellschaft auf der Basis von materiellem Reichtum legen.

Nieder mit der EU der Bosse!

In Europa hat die Art von Finanzschwindel, den Lenin beschreibt, die Widersprüche, die der Europäischen Union innewohnen, sehr scharf herausgestellt. Der Kern der Widersprüche der EU liegt in der Tatsache, dass es einen gemeinsamen Staat braucht, um eine gemeinsame Währung zusammenzuhalten. Dies ist im kapitalistischen Europa einfach nicht möglich.

Bereits bei seiner Entstehung hat der Euro als die gemeinsame europäische Währung die Rivalitäten der verschiedenen kapitalistischen Staaten ausgedrückt. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands durch die kapitalistische Konterrevolution in der DDR 1990 versuchte der französische Imperialismus die Ambitionen seines stärkeren deutschen Rivalen einzuschränken. Im *Spiegel*-Artikel „Preis der Einheit“ vom 27. September 2010 wird beschrieben, wie der



Rom, 6. September: Nationaler Streik gegen Berlusconi's drakonische Sparmaßnahmen legte Transport, Industrie und Verwaltung lahm

französische Präsident François Mitterrand damit drohte, gegen die deutsche Einheit zu stimmen, wenn die Deutschen nicht die D-Mark aufgeben und für die Währungsunion stimmen würden. Als Mitterrand Ende November 1989 von Kanzler Kohls 10-Punkte-Programm hörte, das für die Wiedervereinigung Deutschlands eintrat, kam es zu „einem kleinen Zornesausbruch, der einige Stunden dauert“. Der Artikel berichtet weiter: „Außenminister Hans-Dietrich Genscher ist in den Elysée geeilt, um Bonn's neue Deutschlandpolitik zu erklären.“ In dem Geheimprotokoll des Treffens „lässt sich ... nachlesen, wie eng Mitterrand sein Ja zur Einheit an deutsche Zugeständnisse bei der Währungsunion geknüpft hat.“

Die EU ist heute ein unstabiles Konsortium rivalisierender kapitalistischer Staaten, das von Deutschland und Frankreich dominiert wird und das versucht, seine Konkurrenzfähigkeit gegenüber seinen imperialistischen Rivalen USA und Japan durch die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse in Europa auszubauen. Ein Schlüsselkonzept der „Annäherung“ der EU-Wirtschaften ist die Notwendigkeit eines „flexiblen Arbeitsmarkts“, was übersetzt heißt: niedrig bezahlte Arbeiter mit Zeitverträgen bei geringem oder ohne Schutz davor, gefeuert zu werden.

Die aktuellen Auseinandersetzungen um den Kurs zur „Retten des Euro“ oder wie der deutsche Imperialismus die Oberhand in Europa behält, spiegeln in der regierenden Koalition aus CDU, CSU und FDP verschiedene Interessen der deutschen Bourgeoisie wider. Ein Flügel war von jeher „euroskeptisch“ und setzt mehr darauf, sein Glück durch Exporte nach China und Russland zu finden, während der andere Flügel angesichts der Profite, die deutsche Konzerne in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren mit Exporten nach Europa machten, nach mehr davon giert. Die deutsche Bourgeoisie, deren Ambitionen zu groß für Europa sind, aber deren Potenzial zu klein für die Welt ist, schlingert mit ihrer Regierung durch die Krise und verschärft diese dadurch.

Wie immer, wenn sie den deutschen Imperialismus in Gefahr wähnt, bietet sich die SPD als Retter an, um den Karren für die herrschende Klasse aus dem Dreck zu ziehen. Die SPD hat als Allheilmittel gegen die Krise die Propagierung von Eurobonds entdeckt. Der ehemalige Finanzminister der großen Koalition und aus der Versenkung geholte „Hoffnungsträger“ der SPD, Peer Steinbrück, erläuterte im *Spiegel* (12. September) die Linie der SPD:

„Man muss den Menschen erklären, dass dieses Europa die Antwort ist auf 1945 und auf das 21. Jahrhundert in einer sich dramatisch verändernden Welt mit neuen Schwergewichten. Und dass Deutschland politisch, ökonomisch und gesellschaftlich von der weiteren Integration Europas profitiert. Das bedeutet: Natürlich müssen die Deutschen zahlen. Aber das Geld ist gut investiert in unsere und die Zukunft Europas, in Frieden und Wohlstand.“

Was Steinbrück hier verzapft, ist, dass sich Widersprüche, die der Kapitalismus/Imperialismus hervorbringt, zähmen lassen und nicht wieder ihren Ausdruck in einem neuen imperialistischen Krieg finden werden. Die SPD will mit dem Hinweis auf den Zweiten Weltkrieg und die Niederlage des deutschen Imperialismus an die Friedenssehnsüchte der Arbeiterklasse appellieren, um sie für die Rettung der auseinanderfallenden imperialistischen EU zu mobilisieren. Dieser sozialdemokratische reformistische Traum von einer Integration in ein kapitalistisches Europa, die imperialistische Kriege in Europa verhindern kann, ist der reinste Betrug. Das Gleiche sagten diese Quacksalber am Krankenbett des Kapitalismus über den „Völkerbund“ während der Weimarer Republik und es dient heute wie damals dazu, die Arbeiterklasse davon abzuhalten, die Macht in die eigenen Hände zu nehmen und den Kapitalismus durch eine sozialistische Revolution zu stürzen.

Die sozialdemokratische Linkspartei versucht verzweifelt, zusammen mit der SPD in Landesregierungen zu kommen, und tut daher nichts mehr, um ihre Basis auch nur scheinbar gegen die Krise zu mobilisieren. Inhaltlich unterscheidet sich die Linkspartei nur in Nuancen von der SPD. Sie propagiert im Wesentlichen eine stärkere Kontrolle der Finanzmärkte durch den kapitalistischen Staat mit ihrer „Forderung nach demokratischer Kontrolle der Banken und des Finanzsektors“ (Beschluss des Parteivorstandes vom 4. September 2011). Wie jedoch die „demokratische Kontrolle“ der Banken aussehen soll, lässt die Linkspartei völlig offen. Wenn die Linkspartei auch fast verschämt das Wort Verstaatlichung vermeidet, müssen wir Kommunisten dazu einfach feststellen, dass selbst eine Verstaatlichung der Banken im Rahmen des Kapitalismus *nichts* löst. Waren es nicht staatliche Banken wie die WestLB oder früher die Berliner Bankgesellschaft, die vom Staat gerettet wurden? Ist die zweitgrößte deutsche Bank, die Commerzbank, nicht faktisch unter staatliche Kontrolle gestellt worden? Banken im

Kapitalismus, egal ob staatlich oder privat, unterliegen den Gesetzen des Kapitalismus. Die Linkspartei assistiert der SPD dabei, den Kapitalismus zu retten, und diese Rolle spielt sie noch dazu miserabel.

Die Internationale Kommunistische Liga (IKL) hat schon vor langer Zeit die Illusion entlarvt, dass die EU die Grundlage für die kapitalistischen Vereinigten Staaten von Europa sein könne. In einer Erklärung zum Vertrag von Maastricht, der die Basis für den Euro legte, schrieb die IKL:

„Aber da der Kapitalismus auf der Grundlage einzelner Nationalstaaten organisiert ist, was die Ursache von wiederholten imperialistischen Kriegen zur Neuaufteilung der Welt ist, ist es unmöglich, einen stabilen alleuropäischen bürgerlichen Staat zustande zu bringen. Ein imperialistischer ‚Superstaat‘ Europa kann nur durch die Methoden von Adolf Hitler erreicht werden, nicht durch die Methoden von Jacques Delors, dem französischen sozialdemokratischen Architekten von Maastricht.“ („Für ein Arbeitereuropa – Für sozialistische Revolution!“, *Spartakist* Nr. 129, September/Oktober 1997)

Nur die Eroberung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse kann die Grundlage schaffen für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa und eine rational geplante Wirtschaft. Damit die Arbeiter gegen ihre Ausbeuter siegen können, müssen sie mit einem marxistischen politischen Programm bewaffnet sein, das die Kämpfe der Arbeiter mit dem Kampf für multiethnische revolutionäre Arbeiterparteien verbindet, was das ganze System der Lohnsklaverei durch sozialistische Revolution hinwegfegen wird. **Hungert nicht, kämpft! Diejenigen, die arbeiten, sollen herrschen!**

Der folgende Artikel ist übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 983, 8. Juli 2011, Zeitung der Spartacist League/U.S.

* * * * *

Am 29. Juni, als ein zweitägiger Generalstreik das Land praktisch stilllegte und Zehntausende auf den Straßen protestierten, verabschiedete das griechische Parlament eine neue Runde brutaler Austeritätsmaßnahmen, wie von der griechischen Bourgeoisie und deren imperialistischen Oberherren gefordert. Die Demonstranten – neben Arbeitern ein breiter Ausschnitt der Bevölkerung von Studenten und anderen Jugendlichen bis zu Selbstständigen und höheren Angestellten sowie Rentnern – wurden von knüppelschwingender Bereitschaftspolizei brutal angegriffen. Mehr als ein Jahr unerbittlicher Angriffe auf den Lebensstandard der griechischen Bevölkerung hat brodelnde Unruhe in großen Schichten der Bevölkerung hervorgerufen. Allein im letzten Jahr gab es mindestens ein Dutzend eintägiger Generalstreiks und massive Proteste. Hunderttausende Jobs gingen verloren, die Zahl der Obdachlosen stieg in schwindelnde Höhen und viele Menschen, besonders Rentner, sind für ihr Überleben von Suppenküchen abhängig.

Videoaufnahmen der mutwilligen Gewaltakte der Bullen haben allgemeine Empörung hervorgerufen, wie auch ein weiteres Video, das die Zusammenarbeit zwischen Bullen und Provokateuren mit Kapuzenpullis dokumentiert, die die Demonstranten infiltrierten. Die Polizei verschoss endlose Salven von Tränengas und Blendgranaten und prügelte mit Mauersteinen auf Demonstranten ein. Bei diesem offensichtlichen Amoklauf der Bullen wurden Berichten zufolge mindestens 38 Leute verhaftet. **Alle Anklagen gegen die Anarchisten und andere, die gegen den Sozialkahlschlag demonstrierten, müssen sofort fallengelassen werden, ebenso die Anklagen gegen alle, die bei den früheren Generalstreiks verhaftet wurden!**

Für jeden ist klar ersichtlich, dass arbeitende Menschen geschöpft werden, um für eine Krise zu zahlen, für die sie nicht verantwortlich sind. Die Wirtschaftskrise, die Grie-

WORKERS VANGUARD 50c
20 September 2011

**Troy Davis Execution:
Racist State Murder**



Legion of Struggle

Hue and Cry over China's Role in Africa..... 8

**Abonniere
jetzt!**

Workers Vanguard,
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
*Black History and the
Class Struggle*

Luftpost € 18,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 10060
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

chenland in den Klauen hat – ein besonders schwerer Ausdruck der kapitalistischen Weltkrise – wurde im Frühjahr letzten Jahres ausgelöst, als globale Finanzkapitalisten aus Furcht, die schwer verschuldete griechische Regierung würde ihre Schuldverpflichtungen nicht erfüllen, damit begannen, griechische Anleihen abzustoßen. Der fallende Preis dieser Anleihen bedrohte europäische Banken, besonders in Frankreich und Deutschland – ausländische Finanzinstitute halten öffentliche und private griechische Schuldverschreibungen in Höhe von etwa 340 Milliarden Euro.

Um die Krise zumindest vorläufig abzuwenden, beschlossen die Europäische Union (EU) und der Internationale Währungsfonds (IWF) letztes Jahr ein „Rettungspaket“ von 110 Milliarden Euro unter der Bedingung, dass Athen der arbeitenden Bevölkerung Griechenlands drakonische Kahlschlagsmaßnahmen auferlegt. Die Wahlen vom Oktober 2009 ersetzten das rechte Regime der Nea Dimokratia (ND) durch die bürgerlich-populistische Panhellenische Sozialistische Bewegung (PASOK) von Georgios Papandreou; die Bourgeoisie kalkulierte, die Massen würden eher „Opfer“ bringen, wenn es die PASOK fordert. Als Antwort auf das Ultimatum der EU und des IWF betrieb die PASOK-Regierung eine einjährige Kampagne, in der sie die Löhne der Arbeiter im öffentlichen Dienst drastisch kürzte, Renten demontierte und Steuern in die Höhe trieb. Diese Angriffe trafen die Ärmsten der Gesellschaft, darunter immigrierte Arbeiter, besonders hart. Zusätzlich haben griechische Behörden als Antwort auf Forderungen von EU und IWF, durch Privatisierung einer Reihe von Staatsbetrieben Geld freizumachen, einen „Notverkauf“ betrieben, wie es die bürgerliche Presse beschreibt, und Flughäfen, Häfen und erstklassige Grundstücke an den Meistbietenden verkauft.

Für den Fall, dass Griechenland seinen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen kann, befürchten die europäischen Kapitalisten unmittelbar einen ähnlichen Zusammenbruch anderer stark verschuldeter Länder wie Irland und Portugal, die schon Hilfszahlungen von EU und IWF erhalten haben, und ebenso von Spanien, dessen Wirtschaft größer ist als die von Griechenland, Irland und Portugal zusammengenommen. Da EU und IWF die potenziell katastrophalen Auswirkungen einer solchen Ansteckung fürchten, verabschiedeten sie im Juni hastig ein zweites „Rettungspaket“ für Griechenland in Höhe von weiteren 120 Milliarden Euro. Doch kaum jemand glaubt, dass diese Hilfszahlungen mehr bewirken als den unvermeidlichen Zusammenbruch hinauszuzögern.

Jeder kann sehen, dass das Schicksal der griechischen Arbeiterklasse und eines Großteils der Kleinbourgeoisie ohne eine radikale Lösung nur noch schlimmer werden wird. Die arbeitenden Massen haben wieder und wieder ihre Kampfbereitschaft bewiesen. Aber den Führern der Arbeiter ist es bisher gelungen, die Wut in eine Art militante parlamentarische Lobbyarbeit zu kanalisieren. Das gilt für die verachteten Spitzen von GSEE (Allgemeiner Arbeiterbund Griechenlands) oder ADEDY (Konföderation der Arbeiter im Öffentlichen Dienst), die loyal zur PASOK stehen, ebenso wie für die sehr viel kämpferischer tönende Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) und ihre Gewerkschaftsorganisation PAME. Tatsächlich appellieren sie an die griechischen Kapitalisten, deren Seniorpartnern in Deutsch-

land und Frankreich die Stirn zu bieten. Diese nationalistische Klassenzusammenarbeit ist ein Rezept für Demoralisierung und Niederlage.

Die Verbündeten des griechischen Proletariats sind nicht unter seinen „eigenen“ Ausbeutern zu finden, sondern unter den Arbeitern im übrigen Europa und darüber hinaus. Eine proletarische Erhebung in Griechenland könnte eine Welle von Klassenkämpfen in ganz Europa auslösen gegen die immer brutaleren und unaufhörlichen Angriffe der Kapital-



Oben: Merkel und Sarkozy diktieren griechischem Ministerpräsidenten Papandreou Bedingungen des Rettungsplans, 4. Februar. Unten: Aufstieg des Nationalismus, Protest der „Empörten“ am 12. Juni in Athen, Meer griechischer Fahnen



listen auf Arbeitsplätze, Sozialleistungen und Lebensstandard aller Arbeiter auf dem Kontinent. Eine Arbeiterregierung in Griechenland würde sofort die Schulden gegenüber den Imperialisten annullieren. Ein solcher Akt würde es erfordern, direkt an das Proletariat von Deutschland und Frankreich bis Spanien und Portugal zu appellieren, seine griechischen Klassenbrüder und -schwestern gegen die verbündeten Kräfte der europäischen Bourgeoisien zu verteidigen.

Solange die griechischen Arbeiter hauptsächlich gegen die ausländischen Diktate des IWF und der EU mobilisiert werden, sind sie nicht in der Lage zu erkennen, dass der Widerstand gegen die Imperialisten unmittelbar mit dem Sturz der griechischen Bourgeoisie verknüpft ist. Die griechische Regierung ist nicht einfach ein Werkzeug der europäischen und anderer imperialistischer Mächte, sondern der griechischen Bourgeoisie, die im Drang nach Profiten

schon immer die Arbeiterklasse ausgebeutet, unterdrückt und ausgesaugt hat.

Die Frage, die sich objektiv stellt, ist die Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der kapitalistischen Ordnung und der Errichtung der Herrschaft der Arbeiterklasse. Aber es existiert ein riesiges Missverhältnis zwischen den objektiven Bedürfnissen der griechischen Arbeiterklasse und der Unterdrückten auf der einen Seite und dem politischen Programm ihrer Führung auf der anderen. Die Kampfbereitschaft der Arbeiter steht völlig außer Frage, aber die wiederholten Streiks und Proteste sollen dazu dienen, die Wut der Arbeiter verpuffen zu lassen. Das Problem ist, dass die Arbeiterklasse durch eine Führung gelähmt wird, die akzeptiert, dass die Arbeiterklasse ein gewisses Maß an Austerität ertragen müsse, um dem Kapitalismus „aus der Klemme zu helfen“; und die nur beanstandet, die vom IWF und der Europäischen Zentralbank (EZB) diktierten Bedingungen und Konditionen seien zu hart.

Das Programm der Arbeiterbürokratie – das sich danach richtet, was im Kapitalismus „praktikabel“ erscheint – hat für die Arbeiterklasse zum Desaster geführt. Zur Überwindung der tiefen Kluft zwischen dem gegenwärtigen Bewusstsein der Arbeiter und der Notwendigkeit einer Arbeiterregierung, basierend auf Organen der Arbeitermacht, würde eine leninistisch-trotzkistische Avantgardepartei eine Reihe von Übergangsforderungen aufstellen, die ausgehend von den aktuellen Bedürfnissen der Massen den Weg weisen zur Ergreifung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und zur Enteignung der räuberischen Kapitalistenklasse.

Um die Massenarbeitslosigkeit zu bekämpfen, muss man die Aufteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände ohne Lohnverlust fordern sowie ein massives Programm öffentlicher Arbeiten. Um auch nur ihren gegenwärtigen Lebensstandard zu halten – schon jetzt einer der niedrigsten in ganz Europa –, müssen die Arbeiter fordern, dass die Löhne an die Inflation gekoppelt werden. Um die Ausbeutung, den Raub und Betrug der Industriellen und Bankiers zu enthüllen, müssen die Arbeiter fordern, dass die Kapitalisten ihre (wahren) Bücher öffnen. Während die Imperialisten nun die Demontage der staatlichen Betriebe verlangen, muss das Proletariat für die Enteignung des produktiven Besitzes der ganzen Kapitalistenklasse und für die Errichtung einer geplanten Wirtschaft unter Arbeiterherrschaft kämpfen, wo die Produktion gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht dem Profit dient.

Kampf dem nationalen Chauvinismus!

In ganz Europa peitschten kapitalistische Medien und Politiker eine chauvinistische Hetze gegen Griechen hoch, die als faule, undankbare Schnorrer dargestellt werden. Die rechte *Bild* kreischte letztes Jahr (27. Oktober 2010): „Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen ... und die Akropolis gleich mit!“ Kürzlich wurde im Leitartikel der Londoner *Financial Times* (9. Mai) gefordert: „Athen muss Dampf gemacht werden.“ Es gibt viel Gerede darüber, Griechenland aus der Klemme zu helfen – wem aber „aus der Klemme geholfen“ wird, sind nur Europas Banken. Der Kolumnist Martin Wolf bemerkte in der *Financial Times* (21. Juni): „Es ist viel weniger peinlich, zu behaupten, man hilft Griechenland, wenn man in Wahrheit seinen eigenen Banken hilft.“

Voller chauvinistischer Arroganz wollen die europäischen Imperialisten, Deutschland vorneweg, dem EU-Mitglied Griechenland die Art von Diktat aufzwingen, wie sie es gewöhnlich neokolonialen Ländern der Dritten Welt auferlegen. Die *Financial Times* (17. Juni) berichtet, offizielle Sprecher der „Troika“ – IWF, EZB und Europäische Kommission – fordern, Leute „von außen“ zu schicken, „damit Griechenlands Privatisierungsprogramm durchgezogen wird“, und

„da Griechenland unfähig scheint Steuern einzuziehen, würden auch dafür internationale Experten ins Land kommen“. Der Artikel berichtet weiterhin, offizielle Sprecher Finnlands bestünden darauf, „Athens Vermögenswerte sollten gesichert werden, damit sie als Pfand dienen können. Würde Griechenland zusammenbrechen, könnten die Gläubiger einen Flughafen oder eine andere Einrichtung bekommen.“

Dass die Imperialisten Griechenlands Souveränität einfach so abtun, hat umgekehrt nationalen Chauvinismus in Griechenland angefacht. Zu den rechten Gegnern des Rettungsplans von EU und IWF gehört auch Nea Dimokratia, Griechenlands größte Oppositionspartei. ND repräsentiert die Interessen griechischer Geschäftsleute, die nicht vorhaben, die imperialistische Erpressung selbst zu bezahlen, und die Angst haben, wie es BBC-Wirtschaftsredakteur Paul Mason formulierte, vor „Steuern in einer Höhe, die sie sich nie hätten träumen lassen und auch noch nie bezahlt haben“. Einig sind sich ND und PASOK jedoch in ihrer Entschlossenheit, dass die arbeitenden Menschen Griechenlands für die Wirtschaftskrise des Landes zahlen sollen.

In den letzten Monaten wuchs explosiv eine neue Bewegung heran, die sogenannte Bewegung „empörter Bürger“. Diese „Indignados“ stellten sich an die Spitze der Massenmobilisierungen vor dem Parlament, wo griechische Fahnen allgegenwärtig waren, die griechische Nationalhymne gesungen wurde und antiamerikanische und antideutsche Stimmung grassierte. Demonstranten schwenkten EU-Flaggen mit einem Hakenkreuz in der Mitte – sie setzten „deutsch“ mit „Nazi“ gleich und beschworen das Gespenst des Zweiten Weltkrieges herauf, als Griechenland vom deutschen Imperialismus besetzt war (und danach von amoklaufenden britischen Truppen).

In Spanien erwuchs die Indignados-Bewegung als Antwort auf die Austeritätsmaßnahmen, die die Regierung der sozialdemokratischen Sozialistischen Partei Spaniens erzwang, bevor sie bei den letzten Wahlen eine riesige Niederlage erlitt. In Griechenland kamen die kleinbürgerlichen Indignados auf, weil die Gewerkschaftsbürokratie erbärmlich dabei versagte, den Kämpfen der arbeitenden Massen irgendeinen Weg vorwärts zu weisen. Die zwei größten Gewerkschaftsföderationen, GSEE und ADEDY, die den privaten bzw. den öffentlichen Sektor repräsentieren, werden von PASOK kontrolliert, die die Austeritätsmaßnahmen erzwingt. PASOK ist eine kapitalistische Partei, auch wenn sie sich dem Namen nach als „sozialistisch“ bezeichnet und von opportunistischen linken Gruppen beschönigt wird.

Breite Schichten der Mittelklasse, die hinter einem um die Macht kämpfenden aufständischen Proletariat mobilisiert werden könnten, werden stattdessen in üble chauvinistische, gegen Immigranten und gegen die Arbeiterklasse gerichtete Bewegungen hineingezogen. Die Indignados stellen offen ihre Feindschaft gegen die Organisationen der Arbeiterklasse und der Linken zur Schau und präsentieren sich als „prodemokratische“ Bewegung aller Klassen. Wie in Spanien waren ursprünglich alle linken politischen Parteien und Gewerkschaften ebenso wie rote Fahnen und Banner bei den griechischen Protesten verboten. Angesichts des nationalistischen Eifers, den die Indignados aufzeigten, verwundert es nicht, dass Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) und andere faschistische Gruppen bei den Protesten auftauchten.

Es gibt einen bedrohlichen Anstieg rassistischer Angriffe, und Immigranten, die in schrecklicher Armut leben, werden als Sündenböcke für die wirtschaftliche Verwüstung benutzt. Vor einiger Zeit liefen faschistische Schläger in einem Großteils von Immigranten bewohnten Athener Viertel Amok, töteten einen Menschen und verwundeten viele weitere. Chrysi Avgi bekam bei den Kommunalwahlen in Athen letz-



Fotos: Bettmann

Links: Churchill, Truman und Stalin bei Potsdamer Konferenz 1945. Stalin stimmte zu, Kapitalismus im westlichen Nachkriegseuropa zu bewahren. Oben: Kommunistisch geführte Partisanen in Piräus, Dezember 1944. Griechische Stalinisten beteiligten sich anfangs an kapitalistischer Regierung, entwaffneten Arbeiter

tes Jahr über 5 Prozent der Stimmen. Dem in London ansässigen Institute of Race Relations zufolge zeigte Nikos Michaloliakos von Chrysi Avgi, begleitet von acht offenbar bewaffneten Leibwächtern, bei einer Gemeindeversammlung in Athen im Januar den Hitlergruß.

Die Faschisten werden durch die rassistische Politik der Regierung ermutigt. Griechenlands Grenze zur Türkei ist eine der Frontlinien der „Festung Europa“, wo EU-Grenzpatrouillen eingesetzt werden, um Immigranten fernzuhalten. Die griechische Regierung hat Pläne bekanntgegeben, entlang der Grenze einen Drahtzaun mit rasiermesserscharfen Klingen („NATO-Draht“) zu errichten, der mit Sonarsystemen und Wärmesensoren ausgestattet werden soll. Die Arbeiterbewegung muss für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten kämpfen und für die gewerkschaftliche Organisation ausländischer Arbeiter. *Für Mobilisierungen von Gewerkschaften/Minderheiten, um die faschistischen Provokationen zu stoppen! Für integrierte Arbeiterverteidigungsgruppen, um Immigrantenviertel zu schützen!*

Kommunistische Partei: Linkes Gesicht des griechischen Nationalismus

Die stalinistische KKE präsentiert sich als militante Opposition gegen die PASOK-Regierung und propagiert PAME als klassenkämpferische Alternative gegen die, wie sie es nennt, „von Regierung und Bossen geführten“ Gewerkschaften. Doch die griechischen Stalinisten bieten keine grundlegende Alternative zum Verrat der Gewerkschaftsirrführer von GSEE/ADEDY. Ungeachtet ihres gelegentlichen Verbalradikalismus steht die KKE dem Programm der Arbeiterrevolution zum Sturz des griechischen Kapitalismus feindlich gegenüber.

Der politische Bankrott der KKE offenbart sich in Bezug auf die Indignados. In einem Artikel in *Rizospastis* (5. Juni) bemerkte die KKE zutreffend: „Die ‚anonymen‘ Führer der ‚Bewegung der Plätze‘, die ‚unabhängigen‘, ‚spontanen‘, ‚unpolitischen‘ Bürger scheinen doch politisiert zu sein, denn sie erklären sich als ‚anti-links‘.“ Im Artikel heißt es weiter, dass die Indignados mit ihren Losungen „Raus mit der Linken“, „Parteien raus“ und „Gewerkschaften raus“ „nicht so wirklich demokratisch [sind], oder, genauer gesagt, sie sind undemokratisch“. Gegen den giftigen Nationalismus der Indignados kann die KKE jedoch nicht ansetzen, denn sie teilt ihn selbst.

Tatsächlich hat die KKE die Verteidigung der „nationalen Souveränität“ auf ihr eigenes Banner geschrieben, und besonders heftig verbreitet sie griechischen Nationalismus gegen die Türkei, den traditionellen Feind ihrer „eigenen“ Bourgeoisie. So beklagte sich zum Beispiel KKE-Generalsekretärin Aleka Papatrifa letztes Jahr in einer Rede, die EU würde bei der Prüfung des EU-Mitgliedschaftsantrags der Türkei nicht „unsere nationalen Souveränitätsrechte“ berücksichtigen. Weiter griff sie Papandreu an für „den Versuch, die Frage durch eine Aufteilung der Ägäis zu vertuschen, was eine nachteilige Auswirkung auf die Verteidigung der Inseln haben wird“. Nationalismus innerhalb der Arbeiterbewegung ist das Haupthindernis, das dem Aufbau einer wirklich revolutionären Arbeiterpartei in Griechenland im Weg steht.

Es ist ein Hohn, dass die KKE immer noch aufgrund des Widerstands gegen die Nazi-Besatzung und des anschließenden griechischen Bürgerkriegs 1946–49 einen Ruf als militante Kämpfer gegen den Kapitalismus hat. Entsprechend ihres Programms der Klassenzusammenarbeit mit der griechischen Bourgeoisie händigte die KKE nach dem Zweiten Weltkrieg der Bourgeoisie die Macht wieder aus. Die Arbeiterklasse, unterstützt von der Bauernschaft, war die entscheidende Kraft im Widerstand gegen die Nazis, sie führte massive Streiks und Demonstrationen seit Ende 1942 bis zum Rückzug der deutschen Truppen 1944. Für die bewaffnete Arbeiterklasse lag die Staatsmacht in Reichweite. Aber ihre Führer, die verräterische KKE, begrüßten tatsächlich die Ankunft britischer Truppen in Griechenland, was die Imperialisten in die Lage versetzte, die Situation zu stabilisieren, die verhasste Monarchie zurückzubringen und die Arbeiter zu massakrieren.

Die griechischen Stalinisten hielten sich an die Bedingungen des geheimen Teheraner Abkommens, in dem Stalin den Imperialisten das „Recht“ zugestand, in Westeuropa und Griechenland die kapitalistische Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die Stalinisten entwaffneten das Proletariat politisch und gingen so weit, einer „nationalen“ Regierung der Bourgeoisie beizutreten. Im Februar 1945 unterzeichneten sie das Varkiza-Abkommen, das die KKE-geführten Widerstandskräfte physisch entwaffnete, gerade als britische Truppen und die griechische Nationalgarde sich auf einen umfassenden Terrorfeldzug gegen die Massen vorbereiteten. Erst im Februar 1946 gab die KKE endlich ihre selbstmörderi-

sche Politik auf und nahm erneut den „bewaffneten Kampf“ auf. Im Oktober 1949 wurde der Bürgerkrieg nach wütender Repression beendet. Die Mitgliedschaft der KKE hatte heldenhaft gekämpft. Aber, kaum nötig zu erwähnen: Die KKE lernte nichts aus den tragischen Konsequenzen ihres Verrats und hält bis heute an ihrem bankrotten Programm der Unterordnung unter die griechische Bourgeoisie fest.

Was die Trotzlisten am Ende des Zweiten Weltkriegs schrieben, trifft auf die Rolle der Stalinisten während des gesamten Bürgerkriegs zu:

„Die griechischen Massen brannten vor revolutionärer Entschlossenheit und wollten den Sturz all ihrer Unterdrücker in die Wege leiten – sowohl Nazis als auch Griechen. Aber anstatt der Massenbewegung ein revolutionäres Programm zu geben, ähnlich dem bolschewistischen Programm von 1917, und die Massen auf die Machtübernahme vorzubereiten, steuerten die Stalinisten die Bewegung in die Sackgasse der Volksfrontpolitik. Die Stalinisten, die praktisch die Hegemonie in der Massenbewegung innehatten, taten sich mit einem Haufen kleinbürgerlicher Politiker zusammen, Anwälten und Professoren, die weder eine Massenanhängerschaft noch Einfluss hatten, und wirkten darauf hin, den Kampf künstlich auf das Erringen kapitalistischer Demokratie zu begrenzen.“ („Civil War in Greece“ [Bürgerkrieg in Griechenland], *Fourth International*, Februar 1945)

Die sozialdemokratischen Reformisten in Griechenland – wie etwa die Sozialistische Arbeiterpartei (SEK), die mit der britischen Socialist Workers Party (und in Deutschland mit marx21) verbunden ist, und Xekinima, griechischer Teil des Komitees für eine Arbeiterinternationale (KAI, in Deutschland SAV) – stehen rechts von der KKE in ihrem Enthusiasmus für die antikommunistischen, arbeiterfeindlichen Indignados. Zum Beispiel ruft Xekinima dazu auf: „Weitet die Bewegung auf alle Arbeitsplätze, Arbeiterviertel und die Jugend aus“ (socialistworld.net, 27. Juni). Der Begriff der klassenlosen „Demokratie“, den diese Gruppen propagieren, ist schon seit langem ein antikommunistisches Codewort, das in Wirklichkeit eine Unterstützung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie bedeutet. So unterstützten denn auch sowohl SEK als auch Xekinima die kapitalistische Restauration in der früheren Sowjetunion 1991/92 und bejubelten konterrevolutionäre Kräfte wie die polnische Solidarność und Boris Jelzins russische „Demokraten“.

Für Arbeiterrevolution!

Die Trotzlistische Gruppe Griechenlands (TGG) kämpft für die Schmiedung einer leninistisch-trotzkistischen Partei, die fähig ist, die Arbeiterklasse an die Macht zu führen. Dies bedeutet vor allem, die Arbeiter vom Nationalismus zu brechen und für eine revolutionäre internationalistische Perspektive zu gewinnen. Während der ersten Runde der gegenwärtigen Krise veröffentlichte die TGG am 28. April 2010 ein Flugblatt, in dem sie gegen den weitverbreiteten griechischen Nationalismus, dieses „Gift für das Klassenbewusstsein“, eintrat. Jeder wirksame Kampf gegen die An-

griffe der Bosse muss von der Einsicht ausgehen, dass die Arbeiter kein Vaterland haben, es sei denn, sie übernehmen das Land, in dem sie leben. Unsere Genossen betonten: „Notwendig ist internationale Arbeitersolidarität gegen das Kapital in der gesamten EU“ (siehe „Griechenland: Nieder mit dem ‚Stabilitätsprogramm‘ der PASOK-Regierung!“, *Spartakist* Nr. 184, Juli 2010).

Die griechische Finanzkrise hat die brodelnden nationalen Antagonismen in Europa angefacht, wie man an dem diplomatischen Gezänke zwischen Frankreich und Deutschland sehen kann. Bundeskanzlerin Angela Merkel, daheim unpopulär und mit einer schrumpfenden Mehrheit im Bundestag, hat sich mit französischen Regierungsvertretern und der EZB darüber gestritten, ob die Banker einige Verluste hinnehmen müssen. Unter Druck vom IWF stimmte Merkel einem neuen Rettungspaket zu, während die französischen Banken anboten, griechische Schulden 30 Jahre lang zu stunden. Welche Meinungsverschiedenheiten es in bürgerlichen Kreisen auch darüber geben mag, wie mit der katastrophalen finanziellen Situation umzugehen ist: Jede Regierung, in Deutschland, Frankreich, Britannien und in ganz Europa ist entschlossen, die arbeitenden Massen für eine Krise zahlen zu lassen, die das kapitalistische System selbst hervorgebracht hat.

Die EU ist ein imperialistischer Handelsblock, der hauptsächlich auf einem Pakt zwischen den französischen und deutschen kapitalistischen Herrschern beruht, die die Ausbeutung der Arbeiterklasse im eigenen Land verschärfen wollen und gleichzeitig versuchen, einen Vorteil gegenüber ihren imperialistischen Rivalen und ebenso gegenüber den kleineren europäischen Staaten zu bekommen. Gleichzeitig ist die EU ein instabiles Gebilde, das nationale Gegensätze verschärft und Chauvinismus anfacht.

Wir Marxisten lehnen die EU aus unserer Perspektive des proletarischen Internationalismus heraus ab. Die Spartakist-Arbeiterpartei, deutsche Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, veröffentlichte letztes Jahr einen Artikel mit der Überschrift: „Solidarität mit den griechischen Arbeitern! Für Klassenkampf gegen deutsche Kapitalisten!“ (*Spartakist* Nr. 183, Mai 2010), in dem wir ausführten:

„Damit die deutsche Arbeiterklasse nicht auf die Idee kommt, die Schuld beim kapitalistischen System und ihren eigenen Herrschern zu suchen, wird ... die chauvinistische Kampagne gegen Griechenland losgetreten. Die Arbeiterbewegung in Deutschland muss in Solidarität mit den griechischen Arbeitern und allen anderen Opfern der EU-Imperialisten mobilisieren, denn ihr stehen demnächst ähnliche Angriffe bevor. Die Hetze gegen Griechenland dient auch dazu, die multiethnische Arbeiterklasse hier zu spalten und zu schwächen.“

Heute steckt Griechenland trotz der unnachgiebigen Ausblutung der arbeitenden Menschen weiterhin tief im Sumpf der Rezession. Die bankrotte Kapitalistenklasse hat offenbar nichts mehr, was sie abzugeben bereit wäre, um die Wut der Arbeiter zu dämpfen. Ohne einen Kampf für die Macht der Arbeiterklasse werden die Kämpfe der Arbeiter weiterhin ins Leere laufen. Die Perspektive der griechischen Arbeiter muss gemeinsamer Klassenkampf mit ihren Klassenbrüdern und -schwestern sein – von der Türkei bis Deutschland und anderen Ländern auf der ganzen Welt.

Wie die TGG in ihrem Flugblatt schrieb: „*Notwendig ist eine sozialistische Revolution, um den kapitalistischen Staat zu stürzen und durch einen Arbeiterstaat zu ersetzen, der das Fundament für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft legt.* Dazu ist es notwendig, eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen, die für eine Arbeiterregierung kämpft – eine Partei wie Lenins und Trotzki's Bolschewiki. Die TGG, sympathisierende Sektion der IKL in Griechenland, will eine solche Partei aufbauen“ (unsere Hervorhebung).■

**Besucht die Website der
Internationalen
Kommunistischen Liga!**

www.spartacist.org

Polizeiterror und Armut...

Fortsetzung von Seite 28

Seit damals hat sich im Leben schwarzer Menschen kaum etwas von Bedeutung geändert. Diesmal entzündete die Revolte in Tottenham eine Menge sozialen Sprengstoff, der sich am Boden der kapitalistischen britischen Gesellschaft angesammelt hat. Der Aufruhr verbreitete sich wie ein Lauffeuer auf andere Gegenden Londons und Teile von Manchester, Birmingham und Liverpool. Schwarze, asiatische und weiße Jugendliche gingen auf die Straße, um der Polizei, der Regierung und einer Gesellschaft, an der sie offensichtlich keinen Anteil haben, ihre Verachtung zu zeigen. Vier Tage lang wütheten in Städten und Ortschaften Aufstände der Verarmten und Besitzlosen. Die ganze Welt konnte sehen, welch rassistische, in Klassen gespaltene Hölle Britannien wirklich ist.

Die arroganten Herrscher des verfaulenden britischen Imperialismus betrachten Arbeiter und die Armen schon lange lediglich als eine „Unterklasse“, der weder Schul- noch Berufsausbildung gebührt, sondern nur staatliche Repression. Der konservative (Tory-)Premierminister David Cameron versuchte zu leugnen, dass die Ursache der Unruhen das tief verwurzelte wirtschaftliche Elend ist, das durch die grausamen Haushaltskürzungen seiner Regierung noch verschärft wurde; er machte „moralischen Niedergang“ und „schlicht und einfach Kriminalität“ für die Unruhen verantwortlich und beharrte darauf, es gehe dabei „nicht um Armut“. Er gelobte „Verdächtige“ zur Strecke zu bringen und einzusperrern und ergriff so die Gelegenheit, die Repression massiv zu verschärfen. Eine umfangreiche Schleppnetzführung der Polizei führte bislang zu etwa 2000 Verhaftungen, unter allen möglichen Vorwänden und unter Benutzung von Informationen, die beim Durchforsten sozialer Internetnetzwerke sowie des Filmmaterials aus Überwachungskameras gesammelt wurden (und natürlich durch das Abhören von Telefonen). Fernsehnachrichten zeigten immer und immer wieder, wie Bullengangs brutal Wohnungstüren einschlugen, um „Verdächtige“ zu verhaften.

Ohne auch nur den Anschein von „Rechtsstaatlichkeit“ zu wahren, klagt die Polizei Verdächtige an, bevor überhaupt Beweise existieren, und verweigert den meisten Festgenommenen eine Freilassung auf Kautions. Fälle von geringfügigen Vergehen, die normalerweise eine Verwarnung zur Folge haben und nicht einmal einem für kleinere Strafsachen zuständigen Amtsgericht vorgelegt würden, werden jetzt an die Strafgerichtshöfe (Crown Courts) verwiesen, die höhere Strafen verhängen können. Die große Mehrzahl der Festgenommenen wird eingesperrt, egal was nun ihr angebliches Vergehen ist und ob sie vorbestraft sind oder nicht. Dieses Verfahren der pauschalen Inhaftierung erhöht erheblich die Anzahl der Leute, die nun als vorbestraft gelten, und für viele Jugendliche, vor allem Schwarze und Asiaten, bedeutet das, dass sie nie mehr in ihrem Leben eine Arbeit bekommen.

Die nach den Unruhen verhängten drakonischen Maßnahmen sind eine weitere Steigerung jener harten Repression, die letztes Jahr gegen die Studenten angewandt wurde, die gegen Kürzungen im Bildungssystem demonstrierten. Die Botschaft der kapitalistischen Herrscher an die Arbeiterklasse und die Unterdrückten ist klar: Nehmt brav die erbarmungslosen Angriffe auf Arbeitsplätze und Lebens-

standard hin, oder ihr werdet uns kennenlernen! Es ist im direkten Interesse der Arbeiterklasse, insbesondere der Gewerkschaften, sich diesen polizeistaatlichen Maßnahmen zu widersetzen und zu fordern, dass alle Anklagen gegen die Verhafteten fallengelassen werden. **Wir fordern: Sofortige Freilassung all derer, die wegen „Plündern“ verhaftet wurden!**

Prominente Politiker fordern den Einsatz von Plastikgeschossen und anderen Waffen, die der britische Staat von jeher gegen die unterdrückten Katholiken Nordirlands einsetzt. Die gleiche herrschende Kapitalistenklasse, die im eigenen Land gegen abweichende Meinungen und Opposition brutal losschlägt, betreibt im Ausland imperialistische



Derry 1972: Britische Besatzungstruppen in Nordirland treiben bei Razzia gegen katholische Minderheit „Verdächtige“ zusammen

Unterjochung. Unter der Labour-Party-Regierung standen die britischen Streitkräfte bei der blutigen Besetzung der neokolonialen Länder Afghanistan und Irak an vorderster Front. Unter der gegenwärtigen Koalitionsregierung aus Tories und Liberalen spielt der britische Imperialismus eine führende Rolle bei der NATO-Terrorbombardierung des erdölreichen Libyens. Gaddafis stellvertretender Außenminister spottete über Camerons verlogene Behauptung, NATO-Bomben würden „Zivilisten schützen“ und die „Demokratie“ unterstützen, und forderte dringend seinen Rücktritt, da die „gewaltsame Unterdrückung friedlicher Demonstrationen durch die Polizei“ zeige, dass „Cameron und seine Regierung jegliche Legitimation verloren haben“ (Londoner *Daily Telegraph*, 11. August). Bei Beginn der Bombardierung gab die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) eine Erklärung heraus, die die Arbeiter weltweit dazu aufruft, für die militärische Verteidigung des halbkolonialen Libyens gegen den imperialistischen Angriff einzutreten (siehe *Spartakist* Nr. 188, Mai 2011).

Das Flammenmeer in englischen Städten erhellte die groteske Klassenungleichheit und rassistische Unterdrückung, die dem britischen Kapitalismus eigen sind. Korrupte Sprecher der Konservativen und der Labour Party predigen gegen das Übel des „Plündern“, dabei weiß doch jeder, dass die kapitalistischen Herrscher schuldig sind der Plünderung des Reichtums des Landes. Die City of London ist eine internationale Hochburg des Finanzkapitals, deren glänzende Bürotürme den Wohlstand verkörpern, der durch die zermürbende Ausbeutung der Werktätigen geschaffen wurde. Nicht weit von der City entfernt liegen einige der ärmsten Viertel Londons, in denen ein hoher Prozentsatz von Minderheiten zusammengedrängt lebt. Als auf den Boom die Krise folgte, wurden die Banken unter massiver



Bullen verhaften Mann in Südlondon, 8. August, als sich die Revolte in den verarmten Vierteln der Stadt ausbreitet

Belastung der Steuerzahler gerettet (und die gigantischen Bonuszahlungen für die Banker geschützt). Jetzt haben Gemeinderäte auf Betreiben Camerons Verfahren eingeleitet, um Familien von „Randalierern“ aus Sozialwohnungen auszuweisen, und Arbeits- und Rentenminister Iain Duncan Smith schlug vor, Verurteilten die Sozialleistungen zu entziehen.

„Für uns gibt es hier nichts“

Der Aufruhr breitete sich so dramatisch aus, weil die Werktätigen nach Jahrzehnten zermürbender Armut, die sowohl Weiße als auch Schwarze und Asiaten trifft, nun auch noch geschöpft werden, um die gegenwärtige Wirtschaftskrise zu bezahlen. Fast eine Million Menschen zwischen 16 und 24 Jahren ist arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt hat nahezu 20 Prozent erreicht und liegt für schwarze Jugendliche bei fast 50 Prozent. Offizielle Zahlen für eine vom Aufruhr betroffene Gegend wie Hackney in Ostlondon zeigen, dass hier 44 Prozent der Kinder in Armut leben.

Eine wachsende Anzahl von Jugendlichen ist aus dem produktiven Wirtschaftsleben ausgestoßen und wird als Neets bezeichnet – „Not in employment, education or training“ [nicht in Beschäftigung, Schule oder Ausbildung]. Die Regierung hat die Studiengebühren verdreifacht und die Ausbildungsbeihilfe (Education Maintenance Allowance) abgeschafft, ein kleines Stipendium, das armen Jugendlichen den Besuch einer Hochschule ermöglichte; dies rief im vergangenen Dezember militante Studentenproteste hervor. Um seinen Haushalt um 75 Prozent zu kürzen, hat der Gemeinderat von Haringey, der auch für den Bezirk Tottenham zuständig ist, auch die meisten seiner Jugendclubs geschlossen. Ein Jugendlicher bemerkte: „Wenigstens hatten wir einen Ort, wo wir hingehen konnten. Jetzt hängen wir auf der Straße rum und werden von der Polizei angehalten. Für uns gibt es hier nichts“ (Londoner *Guardian*, 29. Juli).

Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten!

Wer heute das britische „Rechts“system betrachtet, braucht kein Marxist zu sein, um zu sehen, welcher Klasse es dient. Niemand von der Metropolitan Police [Stadtpolizei von Großlondon] – wahrhaftig eine der gefährlichsten bewaffneten Banden Londons – wurde verhaftet, nachdem sich herausstellte, dass man von der Bande Rupert Murdoch & Co. deftige Bargeldsummen (in Einkaufsstüten) er-

halten hat. Tory- und Labour-Politiker, die mit diesen Klüngeln aufs Engste verflochten sind, schreien Zeter und Mordio wegen der „Kriminalität“ eines jeden, der bei einem Paar Sneakers oder einer Flasche Wasser zugegriffen hat. Die Heuchelei der Politiker ist in der Tat starker Tobak angesichts des jüngsten Skandals über Parlamentsabgeordnete, die die Steuerzahler für die Unterhaltskosten ihrer Zweitwohnung zur Kasse bitten, ganz zu schweigen von Kosten, die halt so anfallen für ihre „Enteninsel“ oder beim Reinigen des Wassergrabens ihres Landgutes!

Wer beschuldigt wird, an „Krawallen“ beteiligt gewesen zu sein, wird aufgrund lächerlich belangloser Anklagen ins Gefängnis geworfen. Zwei weiße Jugendliche wurden zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, weil sie (aus Jux) Freunde bei Facebook zu einem „Krawall“ zusammengerufen hatten, der nie stattfand. In Brixton, einem schwarzen Stadtviertel im Süden Londons, bekam jemand eine sechsmonatige Haftstrafe aufgebremmt, weil er Wasserflaschen im

Wert von etwa 4 Euro gestohlen hatte. In Manchester wurde ein Alkoholiker, der gerade aus dem Gefängnis entlassen worden war und nur etwa 4,5 Euro in der Tasche hatte, zu 16 Monaten verurteilt, weil er bei Krispy Kreme eine Schachtel Donuts mitgehen ließ. Die Wahrheit ist, dass es in armen Stadtvierteln wie Tottenham nicht viel zu stehlen gibt.

Wie krass die kapitalistische „Recht“sprechung im heutigen Britannien entlang der Klassenlinie ausgerichtet ist, erinnert an das englische Gedicht aus dem 17. Jahrhundert gegen die Einzäunung (d. h. den Diebstahl) von Gemeinland [Allmende], das die aufstrebende Bourgeoisie privatisierte:

„Das Gesetz sperrt ein Männer und Frau'n,
Die der Allmende Gänse klau'n,
Doch dem größ'ren Schurken es erlaubt,
Dass der Gans er die Allmende raubt.“

Oder wie Friedrich Engels, der gemeinsam mit Karl Marx das *Kommunistische Manifest* schrieb, 1845 in seinem Buch *Die Lage der arbeitenden Klasse in England* richtig bemerkte, sind Verbrechen „bei weitem der Mehrzahl nach Verbrechen gegen das Eigentum, also solche, die in Mangel dieser oder jener Art ihren Grund haben, denn was einer hat, stiehlt er nicht“. Da die Massen durch immer erbärmlichere Lebensbedingungen zum Aufruhr getrieben werden, schlägt die Spartacist League/Britain als Sofortmaßnahme vor, dass die Regierung *jedem „Plünderer“ 10 000 Pfund aushändigt und ihn laufen lässt!*

Revolten jedoch können zur Abschaffung der zermürbenden Armut von Britanniens Arbeiterklasse nichts beitragen. Wie die Spartacist League/U.S. schrieb, als 1992 nach dem Freispruch der Bullen, die den schwarzen Autofahrer Rodney King fast zu Tode geprügelt hatten, Los Angeles explodierte, war das Plündern dort „wirklich verständlich, wird aber nichts dazu beitragen, die tiefgreifende Armut von Amerikas Innenstädten abzuschaffen... *Es geht nicht darum, Konsumgüter an sich zu reißen, sondern die Produktionsmittel zu enteignen. Und dazu müssen das Bewusstsein und die Organisation einen Sprung machen, der die kapitalistische Ordnung beseitigt*“ (*Spartakist* Nr. 96, Juni/Juli 1992).

Die Socialist Workers Party (SWP – in Deutschland marx21), Anhänger des verstorbenen Tony Cliff, setzt lächerlicherweise Plündern mit Enteignung der Produktionsmittel gleich – also mit der Inbesitznahme und Vergesellschaftung der Industrie, der Banken usw. durch das Proletariat. Die SWP schreibt: „Karl Marx hatte vollkommen recht, als er von der Expropriation der Expropriateure sprach, das zu-

rückzuholen, was sie uns genommen haben. Wenn arme Leute aus der Arbeiterklasse plündern, tun sie genau das, und in diesem Sinne ist es ein zutiefst politischer Akt“ (*Socialist Worker*, 13. August). Die Vorstellung, dass Plündern eine Lösung bietet für die zermürbende Armut, den Rassismus und die Unterdrückung, die schwer auf der schwarzen und asiatischen Bevölkerung lasten, zeigt, dass die SWP hirnlos allem, was sich bewegt, Beifall klatscht, egal wie weit entfernt von sozialistischem Bewusstsein es auch sein mag. Unter dem Strich geht es diesen Reformisten aber immer darum, das Image von Labour aufzupolieren, was sie mit Aufrufen wie „Sperrt die Tories ein, nicht junge Leute!“ (*Socialist Worker*, 20. August) und durch ihren Jubel über eine, wie sie es nennen, „Erhebung gegen Tory-Britannien“ tun (*Socialist Worker*, 13. August).

Revoluten sind Ausdruck von Verzweiflung, und dabei kommt es oft zu hässlichen Vorfällen wahlloser Angriffe auf Einzelpersonen. Drei junge asiatische Männer wurden in Birmingham getötet, als ein Auto sie gezielt überrollte; das war ein abscheuliches Verbrechen. Die Rassenspannungen zwischen Schwarzen und Asiaten während der Unruhen waren eine Folge der „Teile-und-herrsche“-Politik, die die britischen Herrscher einsetzen, um das Proletariat zu spalten und seine Kämpfe zu schwächen, wie sie es auch historisch zur Aufrechterhaltung ihres Empires getan haben. Um diese Spannungen zu entschärfen, bat Tariq Jahan, der Vater eines der Opfer, mutig darum, sich zu beruhigen, und sagte: „Ich habe meinen Sohn verloren. Schwarze, Asiaten, Weiße – wir leben alle in derselben Gemeinde.“ Und er fügte hinzu: „Wer seine Söhne verlieren will, soll hervortreten. Ansonsten beruhigt euch und geht nach Hause – bitte.“

Die Arbeiterklasse und die Unterdrückten müssen unbedingt gegen die unerbittlichen Angriffe auf ihre Existenzgrundlage kämpfen. Die Frage ist nur, wie. Die gegenwärtige tiefgreifende Wirtschaftskrise ist fester Bestandteil der normalen Funktionsweise des kapitalistischen Systems. Ohne den revolutionären Sturz der kapitalistischen Ordnung und die Errichtung einer Herrschaft der Arbeiterklasse wird es kein Ende des Elends, der Armut und der Unterdrückung geben, von denen die große Mehrheit der Bevölkerung betroffen ist. Ziel der SL/B ist es, eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei zu schmieden – eine leninistisch-trotzkistische Partei – auf Grundlage eines Programms für internationale sozialistische Revolution.

Mobilisiert die soziale Macht der Arbeiter!

Britannien ist nur das jüngste Beispiel eines Landes in Europa, das von größeren Unruhen überrollt wird, Ausdruck der überschäumenden Wut der Arbeiterklassen gegen die unerbittlichen Angriffe auf ihren Lebensstandard. Insbesondere in Griechenland hat die Arbeiterklasse bedeutende Klassenschlachten geschlagen, darunter in den letzten Jahren mehrere Generalstreiks, doch die Wirksamkeit dieser Kämpfe wurde von den reformistischen Irreführern der Arbeiterklasse untergraben, die die Notwendigkeit von Sozialkahlschlag als Lösung für die Wirtschaftskrise akzeptieren. In Britannien zeugt die Tatsache, dass sich die aufgestaute Wut über die Angriffe der Regierung auf die Arbeiterklasse in Gewaltausbrüchen verflüchtigt, von dem niedrigen Niveau des Klassenkampfes in den letzten zwei Jahrzehnten. Ein beträchtlicher Grund dafür ist, dass die Gewerkschaftsbürokratie keinen wirksamen Kampf gegen Austerität und Arbeitsplatzabbau auf die Beine stellte, wodurch sie es den kapitalistischen Herrschern ermöglichte, die Werktätigen rücksichtslos mit Füßen zu treten.

Gewerkschaftsmitgliedschaft im heutigen Britannien ist konzentriert auf die niedrig bezahlten Arbeiter im öffentlichen Sektor, wo Minderheiten stark vertreten sind. Die Mitgliedschaft der Eisenbahngewerkschaften bei der Lon-

doner U-Bahn und im nationalen Bahnnetz wie auch der Gewerkschaften im öffentlichen Dienst und bei der Post ist multiethnisch. Zusammen haben diese Gewerkschaften beträchtliche soziale Macht. Arbeiter im Nahverkehr in London zum Beispiel haben die Macht, die City einschließlich des so kostbaren Finanzdistrikts lahmzulegen. Doch um diese Macht zu mobilisieren, ist ein politischer Kampf gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie nötig, die mit der Labour Party und der rassistischen kapitalistischen Ordnung verbunden ist.

Geschmiedet wird eine revolutionäre Arbeiterpartei durch die Intervention von Marxisten in Klassen- und soziale Kämpfe. Solch eine Partei würde sich für die Interessen aller Unterdrückten einsetzen und gegen Rassismus und andere Erscheinungsformen des Chauvinismus kämpfen. Unabdingbarer Teil des Aufbaus dieser Partei ist der Kampf für eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften. In Britannien würde heute eine solche Führung unzufriedene Jugendliche ansprechen durch einen Kampf für Arbeitsplätze, durch Forderungen wie eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich. Eine klassenkämpferische Führung würde Gewerkschaftskontrolle über die Einstellungen und gewerkschaftliche Berufsausbildungs- und Qualifikationsprogramme fordern, um Minderheitenjugendliche für die Belegschaften und für die Gewerkschaft zu rekrutieren. Die Aufgabe einer leninistischen Partei ist es, die notwendige Veränderung im Bewusstsein des Proletariats herbeizuführen, die zu der Einsicht führt, dass eine im Interesse der Werktätigen eingerichtete Gesellschaft – mit Arbeit und einem ordentlichen Lebensstandard für alle – nicht innerhalb des Rahmens des Kapitalismus erreicht werden kann.

Vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der unterdrückten Minderheiten Britanniens aus macht es kaum einen Unterschied, ob die Regierung von den Tories gestellt wird oder von Labour, historisch das sozialdemokratische Instrument, das die Arbeiterklasse an die kapitalistische Ordnung kettet. Als die Unruhen ausbrachen, wetteiferten beide Parteien (wie auch die Liberaldemokraten) um das Renommee, die besten Verteidiger der Polizei zu sein. Kein einziger Parlamentsabgeordneter der Labour Party – weder aus der sogenannten „Linken“ noch aus der Handvoll schwarzer Abgeordneter – verurteilte die Bullen, die Mark Duggan töteten. Im Gegenteil: Labour-Wortführer griffen die Regierung von rechts an und beklagten die geplanten Kürzungen im Polizeibudget. Der Labour-Party-Führer Ed Miliband sagte: „Polizei auf unseren Straßen macht unsere Gemeinden sicherer und gibt der Öffentlichkeit ein sichereres Gefühl“ (BBC, 11. August).

Der schwarze Labour-Abgeordnete David Lammy aus Tottenham ereiferte sich gegenüber der Presse über das „völlig inakzeptable“ Benehmen der Aufrührer und äußerte nur sanfteste Kritik an den Bullen, die Mark Duggan töteten. Dennoch musste Lammy, der eine sehr kleine Schicht von Schwarzen aus der Mittelklasse symbolisiert, eine ungeheuerliche rassistische Schimpftirade des reaktionären Historikers David Starkey im BBC-Fernsehen über sich ergehen lassen. Die schwarze Abgeordnete für Hackney, Diane Abbott, die einst als Labour-„Linke“ galt, schloss sich der „Law-and-Order“-Truppe an und forderte Ausgangssperren, um „die Kontrolle über die Straßen wiederzuerlangen“. Labours Unterstützung für die rassistischen Bullen ist nicht neu: Als Ken Livingstone von der Labour Party Oberbürgermeister von London war, unterstützte er unerschütterlich die Polizei, die 2005 den brasilianischen Elektriker Jean Charles de Menezes als angeblichen „Terrorverdächtigen“ brutal ermordete. Mark Duggan wurde im Zuge der „Operation Trident“ getötet, mit der die Metropolitan Police angeblich die „Waffenkriminalität“ unter Schwarzen ins

Visier nimmt. Diese Operation wurde während der Amtszeit des Labour-Innenministers David Blunkett begonnen, unter Hinzuziehung von William Bratton, dem ehemaligen Polizeichef von New York und anderen US-Großstädten, den David Cameron in London einsetzen möchte.

Die Minderheiten und der Bergarbeiterstreik von 1984/85

Die Verbindung zwischen Klassenkampf gegen den kapitalistischen Staat und dem Kampf gegen Rassenunterdrückung erscheint heute weit hergeholt, doch das war nicht immer so. Es ist kein Zufall, dass der letzte größere Angriff des Staates auf Britanniens vorwiegend schwarze und asiatische Innenstadtgebiete 1985 stattfand, dem Jahr der Niederlage des heroischen Bergarbeiterstreiks. Über ein Jahr lang hatten sich die Bergarbeiter und ihre Familien in einem bitteren Klassenkrieg gegen ein Heer von Polizisten verteidigt, die im Auftrag von Thatchers Tory-Regierung die Kohlereviere besetzen sollten. Im Laufe des Streiks wurden starke Verbindungen zwischen der Bergarbeitergewerkschaft National Union of Mineworkers (NUM) und schwarzen und asiatischen Minderheiten geschmiedet. Schwarze und Asiaten sahen in der (überwiegend weißen) Bergarbeitergewerkschaft eine machtvolle Kraft, die gegen den Staat kämpfte, und wurden zu leidenschaftlichen Unterstützern des Streiks, viele Bergarbeiter wiederum wurden davon überzeugt, wie wichtig es ist, Rassenunterdrückung zu bekämpfen.

Die Niederlage der NUM versetzte der Arbeiterbewegung in diesem Lande einen schweren Schlag, dessen Auswirkungen – von beschleunigter Deindustrialisierung bis hin zur Demontage der Gewerkschaften – noch heute spürbar sind. Auch für die Minderheitenbevölkerung hatte die Niederlage des Streiks schwerwiegende Konsequenzen. Innerhalb weniger Wochen inszenierten die Bullen rassistische Provokationen, die Wutausbrüche in größeren schwarzen und asiatischen Stadtvierteln auslösten. Ein paar Wochen nach einer Polizeiprovokation in Birminghams Stadtteil Handsworth im September 1985 erschoss die Polizei in Brixton eine schwarze Frau, Cherry Groce, was dort eine Revolte auslöste. Kurz danach explodierte auch Liverpools Bezirk Toxteth. Als die Polizei am 7. Oktober 1985 nach dem rassistischen Bullenmord an Cynthia Jarrett in Broadwater Farm eindrang, handelte sie sich großen Ärger ein. Bewohner verteidigten ihre Viertel in einem tagelang andauernden wütenden Gefecht, ein Bulle wurde getötet. Dafür saßen drei unschuldige Jugendliche – Winston Silcott, Engin Raghıp und Mark Braithwaite – infolge eines Polizeikomplots jahrelang im Gefängnis.

Nach den Revolten in Handsworth und Brixton schrieb die SL/B, dass Thatcher im Gefolge des Bergarbeiterstreiks darauf aus war, der schwarzen und asiatischen Bevölkerung, die die Bergarbeiter herzlich unterstützt hatte, eine blutige Lektion zu erteilen, und warnte, dass dies mit zunehmenden rassistischen Angriffen verbunden sein würde. Der Artikel stellte fest:

„Die Spartacist League hat dafür gekämpft, das Gefühl der Einheit zwischen Minderheiten und Gewerkschaftsaktivisten, das im Bergarbeiterstreik entfacht wurde, aufzugreifen als Teil unserer Perspektive des Aufbaus einer multirassischen revolutionären Arbeiterpartei, die ein Tribün aller Unterdrückten ist. Wir kämpften dafür, die integrierte Arbeiterbewegung Birminghams für die Verteidigung des Handsworth-Viertels gegen Bullenterror zu mobilisieren. Das muss auch in Brixton und anderswo geschehen. Zum Beispiel könnten Proteststreiks der Londoner U-Bahn- und Busbetriebe, wo in hohem Ausmaß Schwarze und Asiaten arbeiten, die rassistischen Bosse dazu bringen, ihr Terrorregime in Brixton zu beenden.

Doch dies erfordert einen politischen Kampf gegen die rassistischen, prokapitalistischen Gewerkschaftsirrführer.“ (*Workers Hammer* Nr. 73, Oktober 1985)

Es war nicht in erster Linie die Repression seitens der rabiat gewerkschaftsfeindlichen Thatcher-Regierung, die die Niederlage des Bergarbeiterstreiks bewirkte. Die Labour-Party-Führung unter Neil Kinnock und die Bürokratie des Gewerkschaftsdachverbandes Trades Union Congress standen dem Streik offen feindselig gegenüber. Besondere Verantwortung für die Niederlage tragen die „linken“ Gewerkschaftsführer, die nicht Seite an Seite mit den Bergarbeitern in den Streik traten. Darunter auch die Führer der Hafnarbeitergewerkschaft, die ihre Mitglieder während des Bergarbeiterstreiks zweimal zur Arbeit zurückbeordneten. Wenige Jahre später wurde die Hafnarbeitergewerkschaft selbst dezimiert. Die Gewerkschafts-„Linken“ hatten sich der Labour Party, der „allmählichen Veränderung“ über das Parlament und somit der kapitalistischen Ordnung verschrieben.

Als Bernie Grant, schwarzer Labour-Führer des Gemeinderats von Haringey, die schlichte Wahrheit aussprach, dass die Bullen, die in Broadwater Farm eingedrungen waren, „ganz schön den Arsch versohlt bekommen“ hätten, wurde er weithin denunziert, auch von der Labour-Führung. Grant entschuldigte sich später, doch er blieb bis zu seinem Tod im Jahre 2000 bei den Schwarzen beliebt. Obwohl ihn die Führung der Labour Party als Unruhestifter ansah, diente Grant doch den Zielen von Labour. Insbesondere half er 1993 mit, zu verhindern, dass eine Explosion der Wut „aus dem Ruder lief“, nachdem die Jamaikanerin Joy Gardner, die abgeschoben werden sollte, in Polizeigewahrsam gestorben war. Vor allem trug Grant seinen Teil dazu bei, unter schwarzen Jugendlichen Illusionen in Labour zu fördern, in die Partei, unter deren Regierung 1974–79 rassistische Jungfräulichkeitstests eingeführt wurden, denen sich südasiatische Frauen bei ihrer Einreise nach Britannien unterziehen mussten.

Der zügellose Finanzboom, der die Thatcher-Jahre kennzeichnete, ging Hand in Hand mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen in der Fertigungsindustrie, was die gesamte Regierungszeit von Labour hindurch so weiterging. Auf die Straße geworfen wurden auch die Nachkommen von Immigranten aus ehemaligen karibischen und indischen Kolonien, die in Zeiten des Arbeitskräftemangels, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg, geholt worden waren, um niedrig bezahlte Arbeiten zu verrichten. Nicht nur die ehemaligen Kohle- und Stahlreviere, sondern auch die Städte der Textilproduktion, Oldham und Bradford, wo Tausende asiatischer Arbeiter beschäftigt waren, wurden zu Einöden chronischer Arbeitslosigkeit und Armut.

Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Heute schlingert Labour in Richtung des rechten Populismus, der von Natur aus rassistisch ist, und wetteifert mit der faschistischen English Defense League (EDL) um die Loyalität rückständiger weißer Arbeiter. In den letzten Jahren haben Labour-Führer und -Gewerkschaftsbürokraten die Losung „Britische Arbeitsplätze für britische Arbeiter“ übernommen – historisch ein Schlachtruf der Faschisten –, die während reaktionärer Streiks gegen ausländische Arbeiter auf Baustellen 2009 weitverbreitet auftauchte. Die reformistische Socialist Party (SP), Sektion des Committee for a Workers' International von Peter Taaffe, unterstützte diese Streiks rückhaltlos. Wir verurteilten diese Aktionen kategorisch und unterstrichen die Notwendigkeit, immigrierte Arbeiter zu verteidigen. Wir machten klar, dass eine klassenkämpferische Führung in den Gewerkschaften von einer internationalistischen Perspektive ausgehen würde, immigrierte Arbeiter in den Gewerkschaften organisieren und mit Arbeitern über nationale Grenzen hinweg zusammen-

arbeiten würde.

In Einklang mit ihrer langen Geschichte der Unterstützung von Polizei und Gefängniswärtern äußerte sich die SP in dem großen Trara um die jüngsten Unruhen im Sinne der Labour-Führer und zitierte wohlwollend einen Sprecher der Polizistenorganisation Metropolitan Police Federation, der klagte, wegen der von der Regierung geplanten Kürzungen sei die Moral unter Bullen niedrig (socialist-party.org.uk, 8. August). Schikanierung durch Bullen – über die von der SP die Lüge verbreitet wird, sie seien Arbeitskollegen – hat jetzt den Punkt erreicht, dass laut einer von der London School of Economics und anderen erstellten Studie Schwarze in England und Wales 26-mal so häufig einer Polizeikontrolle auf der Straße unterzogen werden wie Weiße.

Die Anzahl von Menschen, vor allem Schwarze, die in Polizeigewahrsam zu Tode kommen, ist erschütternd. Im März starb der Reggae-Künstler Smiley Culture (David Emmanuel) während einer Polizeirazzia in seinem Haus in Surrey, wobei die Bullen die haarsträubende Behauptung aufstellten, er habe sich selbst erstochen. Im selben Monat starb Kingsley Burrell Brown an Verletzungen, die er sich zuzog, als er von der Polizei in Birmingham nach dem Mental Health Act [entspricht dem „Psychisch-Krankengesetz“, ermöglicht Zwangseinweisung] in eine Klinik verbracht wurde. Ende Mai beging der 21jährige Demetre Fraser angeblich „Selbstmord“ durch einen Sprung aus dem 11. Stock eines Hochhauses in Birmingham, als die Polizei auftauchte. In einer einzigen Woche im August kamen drei Menschen in den Händen der Polizei ums Leben: Der 27jährige Dale Burns starb in Cumbria, als ihn die Polizei mit Elektroschocks aus einer Taser-Waffe und mit Pfefferspray bearbeitete; in Cheshire starb der 25jährige Schwarze Jacob Michael, nachdem er mit Pfefferspray besprüht worden war; der 53jährige Philip Hulmes starb in Polizeigewahrsam in Bolton.

Die rassistische Gegenreaktion auf „Plünderer“ hat die EDL ermutigt, die eine Gelegenheit witterte, in einigen der von den Unruhen betroffenen Gegenden Bürgerwehren auf die Beine zu stellen. Unter den Labour-Regierungen zuvor erhielt die EDL Zulauf durch den „Krieg gegen den Terror“, der sich vornehmlich gegen Muslime richtete, sowie durch die unablässigen immigrantenfeindlichen Kampagnen. Die EDL ist eine tödliche Bedrohung für Schwarze wie für Asiaten, gegen die sie in der Vergangenheit zahlreiche rassistische Provokationen inszeniert hat, was sie erneut für den 3. September in Ostlondon androhte. Und es muss klar sein: Diese Faschisten sind eine direkte Bedrohung für die gesamte Arbeiterklasse, sie sind potenzielle Stoßtrupps, die gegen aufkommenden Klassenkampf eingesetzt werden. Es ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, sie im Keim zu ersticken.

Im Unterschied zu den Liberalen und Reformisten an der Spitze von Unite Against Fascism [Vereinigt euch gegen Faschismus] sind wir gegen Appelle an den kapitalistischen Staat, „die Faschisten zu verbieten“. Es ist nicht schwer einzusehen, warum. Als Antwort auf den geplanten EDL-Marsch in Ostlondon und eine antifaschistische Gegendemonstration hat Innenministerin Theresa May in fünf Londoner Bezirken für einen Zeitraum von 30 Tagen alle Demonstrationen verboten. Wie *Workers Hammer* Nr. 209 (Winter 2009/10) erklärte, müssen gegen EDL-Provokationen „Massen-

proteste organisiert werden basierend auf den Gewerkschaften, die zur Verteidigung von Muslimen, Immigranten und allen potenziellen Opfern des EDL-Abschams mobilisiert werden“. In dem Artikel heißt es weiter:

„Es ist im Interesse der multiethnischen Arbeiterklasse insgesamt, diese rassistischen Terroristen zu bekämpfen. Wir rufen zu Gewerkschafts-/Minderheitenmobilisierungen auf, um faschistische Provokationen zu stoppen. Gleichzeitig stellen wir als Marxisten klar, dass das verfaulende kapitalistische System die sozialen Bedingungen erzeugt, unter denen die Faschisten gedeihen, und dass deshalb der Kampf gegen den Faschismus untrennbar verbunden ist mit dem Kampf für sozialistische Revolution.“

Aus den sozialen Kämpfen, die unausweichlich von Arbeitern und Minderheiten geführt werden, wird eine neue Generation militanter Führer hervorgehen. Nötig ist eine Partei, die sich der Aufgabe verschreibt, die Arbeiterklasse an die Macht zu führen. Dies erfordert eine sozialistische Revolution zum Sturz der gesamten kapitalistischen Ordnung. Grundlegender Wandel im Interesse der Werktätigen kann nur durch einen revolutionären internationalistischen Klassenkampf zustande kommen, der das Gefüge des Kapitalismus weltweit zerschlägt. Eine sozialistische Revolution wird die Grundlage für rational geplante Wirtschaften legen, deren Grundlage die Produktion für Bedürfnisse und nicht für Profite ist, und für eine qualitative Entwicklung der Produktivkräfte, die den Weg zur Abschaffung von Armut und zur Schaffung einer egalitären sozialistischen Gesellschaft frei macht.■



John Harris/IFL

September 1984: Zusammenstoß zwischen Bullen und Streikposten während des heroischen britischen Bergarbeiterstreiks (oben); SL/B ruft bei Demonstration in Brighton zu Klassenkampfsolidarität gegen gewerkschaftsfeindliche Thatcher-Regierung auf



Workers Hammer

SPARTAKIST

England: Rassistische Bullen erschießen schwarzen Familienvater Polizeiterror und Armut entfachen soziale Explosion



Reuters; kleines Foto: DM Collect

8. August: Jugendliche in Ostlondon treten in der dritten Nacht des Aufruhrs nach rassistischem Polizeimord an Mark Duggan (kleines Bild) den Bullen entgegen

Der folgende Artikel unserer Genossen der Spartacist League/Britain wurde zuerst in Workers Vanguard Nr. 985 (2. September), Zeitung der SL/U.S., veröffentlicht.

London – Am 4. August erschossen die Bullen in Tottenham, Nordlondon, den jungen Schwarzen Mark Duggan. Entgegen damals verbreiteten polizeilichen Falschmeldungen hatte Duggan keinen einzigen Schuss abgegeben. Dies hinderte die Presse jedoch nicht daran, das Opfer als ein bei einem „Schusswechsel“ mit der Polizei getötetes „Bandenmitglied“ zu brandmarken. Die Familie Mark Duggans, eines Vaters von vier Kindern, erhielt fast überhaupt keine Informationen über die Todesumstände. Stattdessen verwies man sie auf die Ergebnisse einer Untersuchung der Independent Police Complaints Commission [„Unabhängige Beschwerdekommision für Polizeiangelegenheiten“], die unter Schwarzen als polizeiliche Vertuschungskommision bekannt ist. Zwei Tage nachdem Duggan erschossen worden

war, beteiligten sich auch die Familienmitglieder an einer Demonstration von 300 Leuten vor einer Polizeiwache in Tottenham, wo Auskünfte gefordert wurden, doch ohne Erfolg. Berichten zufolge griffen Polizisten eine junge Demonstrantin an und schlugen sie zu Boden.

Es gibt Grenzen für das, was Minderheitenjugendliche ertragen können, die, seit sie laufen können, wie Kriminelle behandelt wurden. Schwarzen und südasiatischen Jugendlichen soll die Erniedrigung durch die Bullen, darunter auch der unerbittliche Einsatz von willkürlichen Personenkontrollen, unmissverständlich klarstellen: Ihr habt überhaupt keinerlei Rechte. Der Tod Mark Duggans war eine Gräueltat zu viel. Wut brach sich Bahn. Tottenham ging in Flammen auf, Szenen, die an die Unruhen in Tottenhams Broadwater-Farm-Viertel 1985 erinnerten, nachdem eine schwarze Mutter ermordet worden war.

Fortgesetzt auf Seite 23

Freiheit für alle wegen „Plünderns“ Verhafteten!